DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 57 ab Samstag, 7. August 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR *Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben*

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 57. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

DURCHBRUCH FÜR DIE FREIHEIT



»DIE COVID-IMPFUNGEN HELFEN NICHT, SIE TÖTEN.« NEUESTE DATEN ZEIGEN EIN ERSCHRECKENDES BILD. Seite 3

Historischer Erfolg: Am 1. August 2021 demonstrierte die Demokratiebewegung, dass sie niemals weichen wird, bis Menschenrecht, Freiheit und Verfassungsgrundsätze für Deutschland wiederhergestellt sind. Kundgebungen und Hygienespaziergänge finden täglich im ganzen Land statt. Weltweit sind die Menschen gegen »Great Reset«, möglichen Genozid durch die Impf-Gentherapie, Lüge und Spaltung der Zivilisation aufgestanden. Es war ein Durchbruch für die Freiheit. Am 1. August 2021 öffneten Demokraten friedlich den Weg aus dem Corona-Regime hinaus, hinein in eine menschliche Zukunft für unser Land und unser Zusammenleben.

Die deutsche Demokratiebewegung steht an der Seite der Demokratiebewegungen anderer Länder.

***Titelbild:* Am 1. August in Berlin gelang den Demokraten ein historischer Durchbruch durch die Polizeikette.** *Foto: Max Kittan, Liberty News Berlin (Videostill).*

SPEZIAL ZUR GROSSDEMO:

Arzt im Auftrag des Gewissens

Der Preis der Republik geht an den Hamburger Arzt und Anmelder des 29. August 2021 in Berlin.

LAUDATIO | Von Anselm Lenz



»Game Over.« So lautet der Titel der soeben erschienenen Buchpublikation des Hamburger Arztes Heiko Schöning.

Mit dem im Blue-Tiger-Verlag erschienenen Werk will er die Köpfe jener Sekte bloßstellen, die mit dem Corona-Regime eines der mutmaßlich größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte in Gang gesetzt haben. Eine große Gruppe von Kriminellen, die möglicherweise auf die Unfruchtbarmachung von Milliarden Menschen auf dem Planeten abzielt. Das Verbrechen unter dem pervertierten Banner des Regenbogens wäre der größte Genozid überhaupt und durch nichts zu rechtfertigen. So angebracht seriöse Familienplanung auch sein mag; diese begönne nach Schöning mit Friedenspolitik und Entwicklungshilfe. Sogar radikale Klimaschützer wie der »Club of Rome« lehnen den Begriff der »Überbevölkerung« ab. Kein Mensch ist zuviel, vielmehr muss der einzelne Mensch immer im Mittelpunkt stehen.

Schöning ist sehr aktiv für die Demokratiebewegung und macht sich weltweit Freunde. Der Mitgründer der Ärzte für Aufklärung ist Vizepräsident der Weltfreiheitsallianz, die die nächste Großdemo in Berlin ab 29. August anmelden. (*WorldFreedomAlliance.Org*). Schöning hat sich als nimmermüder Vorkämpfer für medizinische Aufklärung und die freie Entscheidung des Individuums große ideelle Verdienste erworben.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Heiko Schöning. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov



Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser,

"die perversen Schweine haben ausgeschissen". Eine solche Aussage ist zwar verständlich und unterstützenswert, wenn es um das Corona- und Impfterrorregime geht. Doch eben nicht ganz richtig. Für das finale "Game Over" der Verbrecherkaste in Berufspolitik, Mainstreammedien und Konzernen braucht es weit gestreute Aufklärung — und damit diese Zeitung. Abo? Gern! — Seite 15.

Hochachtungsvoll,

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Die atomisierte Gesellschaft

EINWURF *von Werner Köhne*

»Das Individuum hat keine Fenster« — so behauptete einst der Philosoph Leibniz. Er sprach — vielleicht ungewollt — damit auch die moderne Vereinzelung des Menschen an. Heute wird diese Atomisierung der Gesellschaft durch Abstandsregeln und Maskierung betrieben.

Norbert Elias hat dann später von den »Individualisierungsschüben« gesprochen, die den Prozess der modernen Zivilisation mitsteuern, dabei aber nicht übersehen, dass es auch eine Geschichte des »korrekten Benehmens« gibt, die den Wert »zivilisiert« deutlich dem Regelwerk eines »so was tut man nicht« unterstellt. »Man« fungiert hier als unheimlicher Begleiter des »Ich«. Zuletzt schrieb Elias aus leidvoller Erfahrung ein schmales Buch, »Homo Clausus«. Der Tenor: Jeder stirbt heute für sich allein. Zurück zu Leibniz' Fensterlosigkeit des Individuums, das heißt: Niemand kann in mich hineinsehen. Die Kernsubstanz des Individuums ist nicht objektivierbar — infolgedessen auch die Freiheit nicht, die heute von Bewusstseinsakrobaten und Hirnchemikern definiert, zumeist trivialisiert, wird.

Aber weiter im Grübeln über das Individuum. Wie müsste es sich verhalten in diesen Zeiten? Dürfen wir auf seine Einzigartigkeit hoffen? Es scheint ja auf seinem Höhepunkt, wenn es Widerstand leistet. Kann es auch überleben, wenn es sich für ein paar Jahre selbst ausschaltet und staatstreu »funktioniert«, wie es ein Staatsphilosoph aus Solingen anrät.

»Oh Gott, bloß schnell weg von diesem Stenz«, sagt eine Stimme in mir — und erblicke auf einem Bild von Hieronymus Bosch einen bis auf die Knochen abgemagerten zum Tode Verurteilten, der kniend seine letzte Beichte verrichtet und dessen Individualität mit Leben nichts, mit Todesangst, Schuld und Unterwerfung aber sehr viel zu tun hat. Und ich denke: Was an an unserem aktuellen Verhalten erinnert noch an all diese Vorgeschichten? Was heißt Individualität in Zeiten, die das »Man« fordern? Sollte sich nicht so mancher endlich eingestehen, das »Ich« zu sagen eine Unverschämtheit ist?

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Nächster Termin 18. August Münster. Weitere Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

ULI GELLERMANN
TAMARA GANJALYAN (HG.)
SCHWARZBUCH CORONA
Erster Band
Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Sodenkamp & Lenz

Uli Gellermann, Dr. Tamara Ganjalyan (Hg.): Schwarzbuch Corona – erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses. Mitarbeit: Gabriele Krüper.

Erscheint bei Sodenkamp & Lenz, Berlin 2021. Bestellungen u. a. auf demokratischerwiderstand.de

Die Covid-Impfungen helfen nicht, sie töten

Neueste Daten zeigen ein erschreckendes Bild. Selbst wenn man die Nebenwirkungen außer Acht lässt, stellt sich nun die Frage, warum man sich überhaupt impfen lassen soll. | Von Markus Fiedler

Versuch, mit dem Horror fertig zu werden: Extravaganter Demonstrant am 1. August in Berlin *Foto: Jill Sandjaja*

Die US-Gesundheitsbehörde CDC (US Centers for Disease Control and Prevention) vermeldete in einer Studie vom 30. Juli 2021, dass in County Barnstable in Massachusetts nach mehreren Sommer Großveranstaltungen 469 Fälle von Covid-19 identifiziert wurden. 346 der Infizierten waren vollständig geimpft. Das entspricht einer Infektionsrate von 74%. In Massachusetts waren zum gleichen Zeitpunkt 69% der Bevölkerung geimpft.

274 (79%) der Geimpften, die sich trotzdem mit Covid-19 infizierten, berichteten über einen symptomatischen Krankheitsverlauf mit Husten, Kopfschmerzen, Halsschmerzen, Muskelschmerzen und Fieber. Auffällig dabei ist, dass nach einhelliger Beobachtung Ungeimpfte nach einer Infektion nur zu 20% einen symptomatischen Verlauf der Krankheit erleben.

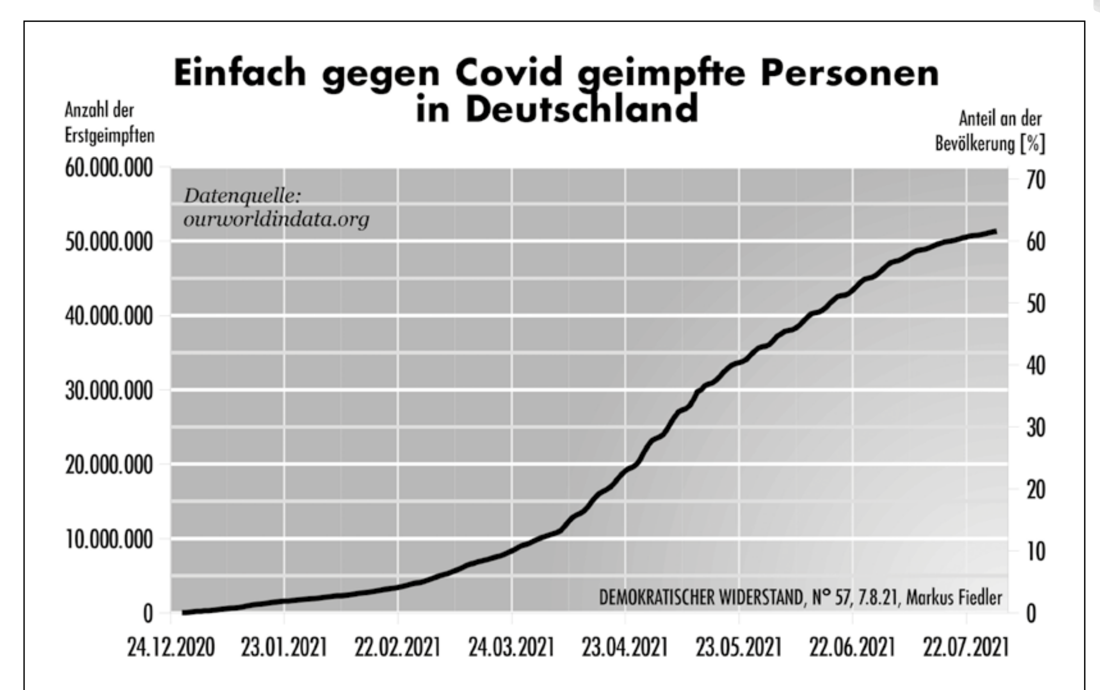


Abb.1: Anzahl der Einwohner in Deutschland, die mindestens eine Impfdosis erhalten haben. *Prozentsätze ergeben sich aus dem Verhältnis der Anzahl der Geimpften und der Gesamtbevölkerung von 83,2 Mio. Daten entnommen aus der Rubrik »Number of people who received at least one dose of COVID-19 vaccine«, Datei: people-vaccinated-covid.csv. Datenstand: 03.08.2021*
Quelle: https://ourworldindata.org covid-vaccinations?country=~DEU

SCHWERE KRANKHEITSVERLÄUFE AUCH NACH IMPFUNG

Interessant sind allerdings die Patienten in Massachusetts mit schweren Krankheitsverläufen, die ins Krankenhaus eingewiesen werden mussten. Unter allen Erkrankten waren es fünf Personen. Nur einer der Patienten war ungeimpft. Dieser litt aber zusätzlich unter mehreren anderen Krankheiten. Die weiteren vier ins Krankenhaus eingelieferten Kranken waren vollständig geimpft. Unter ihnen waren zwei Personen mit zusätzlichen Krankheiten. Es kam zu keinen Todesfällen. Die Geimpften bekamen zum überwiegenden Teil die Impfstoffe von BioNtech (zu 46%) und Moderna (zu 38%). Gensequenzierungen des Virusgenoms sollen in allen erfolgreichen Sequenzierungsversuchen die Deltavariante beziehungsweise zu einem sehr geringen Anteil den Subtyp Delta AY.3 ergeben haben. Die Altersstruktur bezüglich der Gesamtanzahl der Geimpften und Ungeimpften war ähnlich. Das Median-Alter lag bei 42 beziehungsweise 40 Jahren.

Demnach führen Covid-Impfungen zu keinerlei Vorteil nach anschließender Infektion mit einem Sars-CoV2 Virus. Entgegen der ständigen Impfwerbekampagnen treten schwere Krankheitsverläufe bei Geimpften offensichtlich nicht seltener auf. Die Autoren der Studie sprechen hier metaphorisch von einem »Infektionsdurchbruch«. Ein bildlicher Durchbruch setzt aber auch eine Schutzmauer voraus. Und eben diese Schutzmauer der Geimpften ist hier nicht zu erkennen. Vielmehr zeigen die Zahlen deutlich, dass Impfungen nach einer Infektion vermehrt zu einem symptomatischem Krankheitsverlauf führen. Man könnte zusätzlich vermuten, dass auch ein schwererer Krankheitsverlauf begünstigt wird, dies kann aber aufgrund der geringen Fallzahl in der vorliegenden Studie der CDC nicht belegt werden.

TOD DURCH IMPFUNG

Wie die *Augsburger Allgemeine* und andere Zeitungen am 1. August 2021 berichteten, obduzierte der Chefpathologe am Universitätsklinikum Heidelberg, Dr. Peter Schirmacher, über 40 Tote, die binnen zwei Wochen nach Impfungen verstorben sind. Laut Schirmacher seien davon zwischen 30 und 40 Prozent durch Impffolgen verstorben. Der Arzt geht zusätzlich von einer hohen Dunkelziffer an nicht erkannten Impftoten aus. Die Zeitungen betonen, dass andere Ärzte dem widersprächen, jedoch decken sich die Aussagen des Chefpathologen exakt mit den Daten, über die wir in den letzten Monaten berichtet haben.

ANZAHL DER ERSTIMPFUNGEN STAGNIERT BEI 62 PROZENT DER BUNDESBÜRGER

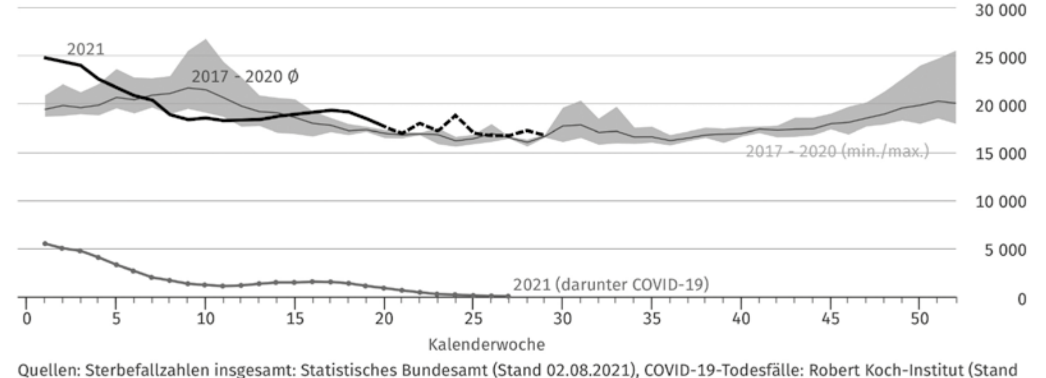
Es fällt auf, dass nunmehr annähernd die Anzahl der Menschen erreicht ist, die eine Impfung haben wollen. Die Verlaufskurve der Erstimpfungsrate geht in eine Stagnationsphase bei circa 62% der Bevölkerung beziehungsweise 51.241.053 Erstgeimpften.

Interessanterweise wird aus den Zahlen deutlich, dass hier offenbar alle 83,2 Millionen Einwohner als potenziell zu Impfende angesehen werden. Wir haben derzeit 13,75 Millionen Einwohner unter 18 Jahren und etwa zehn Millionen Einwohner unter zwölf Jahren. Neben der Information, dass sich Firmen wie BioNtech Pfizer bereits um eine Zulassung ihrer als »Impfung« getarnten Genmanipulationen für unter Zwölfjährige bemühen, ist die Prozentangabe ein weiteres Indiz dafür, wohin die Reise gehen soll. Derzeit sind also etwa noch 18 Millionen Bundesbürger über 18 Jahren ungeimpft. Das entspricht einem Anteil von 21,6% an der Gesamtbevölkerung beziehungsweise 26% der erwachsenen Bürger des Landes. Für die sind folgende Daten sehr wichtig. Allen anderen wünschen wir viel Glück mit der Covid-Impfung, denn sie brauchen es dringend!

NEBENWIRKUNGEN DER IMPFUNGEN

Neueste europaweit gemeldete Nebenwirkungen aus der EMA-Datenbank zeigen: 778.725 Patienten haben insgesamt 3.043.175 Nebenwirkungen nach Impfungen gemeldet. Davon 218.550 schwerwiegende Nebenwirkungen, 16.717 lebensbedrohliche Zwischenfälle, 15.760 dauerhafte Folgeleiden und 12.364 Todesfälle.


Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik sowie Ressortleiter Naturwissenschaft.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

DELTA-GAGA IN SCHWEDEN BEREITS UNWIRKSAM

Stockholm/DW. Während das deutsche Corona-Regime und etwa das US-amerikanische Zentrum für Krankheitskontrolle CDC die Bevölkerungen mit Delta-Mutanten wieder in Angst und Schrecken zu versetzen trachten, geht Schweden weiterhin seinen selbstbewussten Weg ohne Maskenzwang, Zwangsschließungen und Impfterror. Schweden verzeichnet derzeit null Covid-Todesfälle und eine Inzidenz, die ebenfalls nahe null liegt. Der Chef-Epidemiologe des skandinavischen Landes, Anders Tegnell, schloss bei einer Pressekonferenz am 30. Juli aus, sich wegen Delta ins Bockshorn jagen zu lassen. Er wies darauf hin, dass Delta »schon seit geraumer Zeit« kursiere und faktisch kaum Auswirkungen habe. (bnd)

CORONA- UND KLIMAPOLITIK LEGEN DEUTSCHE WIRTSCHAFT LAHM

Berlin/DW. Die Automobilbranche, das Zugpferd der deutschen Wirtschaft, droht zu kollabieren. Laut Kraftfahrt-Bundesamt wurden im Juli 2021 nur 236.393 Neuwagen zugelassen. Das entspricht einem Rückgang von 25 Prozent im Vergleich zum Juli des Vorjahres. Vor allem trifft es die herkömmlichen Verbrenner. Während es bei PKW mit alternativen Antrieben eine positive Entwicklung zu verzeichnen gab, ging es bei den Neuzulassungen für Autos mit Dieselmotoren um satte 48 Prozent zurück. Insgesamt lässt sich ein deutlich negativer Trend feststellen. (ber)

KONGRESS DER AUFSTEHEN-BEWEGUNG

Berlin/DW. Unter dem Titel »Aufstehen-Basis« beziehungsweise »Neoliberalismus überwinden, Marktwirtschaft erneuern!« soll im August 2021 ein offene Kongress der Sammlungsbewegung »Aufstehen« geben. Dies geht aus einer Pressemitteilung hervor. Die Konferenz soll demnach am 22. August 2021 die Ergebnisse veröffentlichen. Die Sammlungsbewegung »Aufstehen« war unter anderem von der bekannten Politikerin Sahra Wagenknecht und dem Dramaturgen Bernd Stegemann 2018 für grundlegende Verbesserungen der deutschen Politik gegründet worden. (jro)



IN BERLINER »POLIZEIMASSNAHME« GESTORBEN: Am 1. August 2021 wurde Sascha, Mitgründer der Basis-Partei, von Beamten auf der Straße verletzt. Er verstarb in den Räumen der Polizei. Der UN-Beauftragte für Folter ermittelt. *Foto: Unblogd*

»Als Polizist kenne ich unser Grundgesetz – daher weiß ich,dass die Situation rechtswidrig ist!«

Polizeibeamter im DW-Interview. Er demonstriert mit der Demokratiebewegung.



Die Politik versucht vor allem, junge Polizisten zu instrumentalisieren. *Foto: Hannes Henkelmann*

Marco S. ist Polizist aus Hamburg. Wir trafen ihn am vergangenen Sonntag als privaten Teilnehmer der großen Augustdemonstration in Berlin. Im Interview spricht der 48-Jährige über seine Beweggründe, über den Zwiespalt zwischen Befehl und Eigenverantwortung und das seltsame Gefühl, von Kollegen eingekesselt zu werden.

DW: Hallo Marco, schön, dass Sie Lust und Zeit für ein Interview mit uns haben. Sie haben sich Anonymität erbeten, daher drucken wir Ihren Namen in geänderter Form. Mögen Sie sich skizzenhaft vorstellen?
Marco S.: Gern. Ich bin gebürtiger Ostdeutscher, komme aus der Gegend um Stettin und lebe bereits seit vielen Jahren in Hamburg. Während meiner Polizeiausbildung habe ich eine Zeit in Berlin gelebt, bin also vertraut mit der Stadt. Meinen Vorgesetzten habe ich über meine private Teilnahme an der Demonstration informiert, er akzeptiert das auch. Dennoch möchte ich zum jetzigen Zeitpunkt unerkannt bleiben.

DW: Warum haben Sie sich als junger Mann entschieden, Polizist zu werden?
Marco S.: Es ist ähnlich wie bei vielen meiner Kollegen. Ich wollte was Gutes machen, für die Bürger unseres Landes da sein. Außerdem ist der Beruf als Polizist abwechslungsreich. Wenn du auf Streife bist, erlebst du viel: von der Ruhestörung bis zur Messerstecherei. Außerdem trägst du von Anfang an viel Verantwortung, kannst viel selbst entscheiden. Und du hast einen gesellschaftlich anerkannten Beruf.

DW: Sie waren als Teilnehmer am Sonntag auf einer verbotenen Demonstration. Warum?
Marco S.: Als Polizist habe ich viel über unser Grundgesetz gelernt. Von daher weiß ich, dass die derzeitige politische Situation rechtswidrig ist. Deswegen halte ich das Demonstrationsverbot auch für hinfällig, denn das Infektionsschutzgesetz fußt nicht auf soliden Fakten und hebelt unsere Grundrechte daher unberechtigt aus. Ich möchte mit meiner Teilnahme ein Zeichen für unsere Verfassung setzen: Wir haben keinen Föderalismus mehr, viele Maßnahmen basieren auf Verordnungen und die Zahlen und Fakten zur Corona-Krise passen nicht zu den Maßnahmen. Vieles ist willkürlich und nicht evidenzbasiert. Mein Eindruck zur Demo ist sehr gemischt. Die Besucher waren friedlich, die Bereitschaft meiner Kollegen, hart durchzugreifen, groß.

DW: Wie ordnen Sie das teils sehr aggressive Verhalten Ihrer Kollegen ein?
Marco S.: Mein Eindruck ist, dass die Kollegen insgesamt härter und schneller eingreifen als früher zu meiner Zeit als Streifenpolizist. Ich habe auf der Demonstration am Sonntag Situationen miterlebt, die nicht verhältnismäßig sind. Wir wurden als friedliche Gruppe eingekesselt, einer sogar in Gewahrsam genommen und wir sind in der Überzahl fast in ein Gerangel mit der Polizei geraten. Das war ein seltsames Gefühl, zumal ich ähnliche Situationen aus der anderen Perspektive kenne. Früher hätten wir uns diese Art von Aggression nicht erlaubt, weil wir Angst vor Konsequenzen gehabt hätten. Also wenn zum Beispiel eine Person bereits fixiert am Boden liegt, habe ich als Polizist nicht unnötig noch Schläge verabreicht, das schießt weit über das Ziel hinaus.

DW: Wie erklären Sie sich diese Unverhältnismäßigkeit?
Marco S.: Der gesellschaftliche Druck ist massiv. Die Massenmedien *framen* die Demonstranten, rücken sie in die Ecke der Staatsfeinde, der Reichsbürger, der Nazis, sprechen sogar von Corona-Leugnern. Das heißt nichts anderes, als dass es sich vermeintlich um Menschen handelt, die rücksichtslos andere infizieren und deren Tod in Kauf nehmen. Dieser Prozess der Entmenschlichung ist brandgefährlich, ganze Bevölkerungsgruppen werden diskreditiert. Das wiederum setzt die Hemmschwelle der Polizisten herab. Aus meiner Sicht werden hier viele Kollegen gerade verheizt, vor allem die jungen und unerfahrenen, die frisch von der Polizeischule kommen. Ihnen fehlt die Weitsicht. Ältere Kollegen sind da besonnener und leben mehr Eigenverantwortung im Umsetzen von Befehlen.

DW: Was meinen Sie damit?
Marco S: Grundsätzlich hofft ja jeder von uns, dass die Befehle erst mal gut sind. Manchmal muss man jedoch von eigenen Vorstellungen Abstand nehmen, das ist halt die Kehrseite eines sicheren Jobs, und das gute Gehalt ist dann auch mal eine Art Schmerzensgeld. Aber dennoch hat jeder Polizist die Möglichkeit, Befehle zu gestalten, im Härtefall auch zu remonstrieren. Wenn zum Beispiel eine Demonstration aufgelöst werden soll, kann ich immer noch in Eigenverantwortung entscheiden, ob ich weniger oder mehr Gewalt einsetze. Hier gilt das Maß der Verhältnismäßigkeit. Erfahrene Kollegen sind daher oft nicht bei diesen Einsätzen, die machen nicht alles mit.

DW: Ein Demonstrant kam im Zusammenhang mit einer polizeilichen Maßnahme ums Leben. Die genaueren Umstände sind noch nicht bekannt. Dennoch, was macht das mit Ihnen?
Marco S.: Es ist erschreckend. Es fühlt sich für mich so an, als würde sich die Spirale der Gewalt immer schneller drehen. Erst wurde der Ton der Polizisten gegenüber den Demonstranten deutlich schärfer, dann wurden die ersten Versammlungen hart aufgelöst, Wasserwerfer kamen zum Einsatz gegenüber friedlichen Menschen und jetzt das. Ich will das nicht vorschnell bewerten, aber es macht mich traurig. Und diese ganzen Bilder und Videos, die jetzt wieder durch das Internet und die Welt gehen, schaden nicht nur der Polizei in ihrem Ansehen, sondern unserem ganzen Land.

DW: Welchen Tipp haben Sie für Ihre Kollegen?
Marco S.: Glaubt nicht alles, was euch erzählt wird, informiert euch über die *Mainstream*-Medien hinaus. Lest Bücher, die aufklären, und bildet euch weiter. Nur mit viel Wissen kann ich mir eine eigene Meinung bilden – und muss nicht mehr blind der Mehrheit hinterherrennen.

DW: Was wünschen Sie sich für die Zukunft?
Marco S.: Ich wünsche mir endlich wieder eine Debattenkultur, in der Argumente ausgetauscht werden und die Suche nach einem gesellschaftlichen Konsens im Mittelpunkt steht.

DW: Marco S., wir danken Ihnen für das Gespräch.
Die Fragen stellte Nadine Strotmann.

JEDEN TAG EIN BISSCHEN MEHR

Die Regierung hat mal wieder gelogen: Der Impfzwang soll kommen. | Von Hendrik Sodenkamp

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) präsentierte am Mittwoch, den 4. August 2021, dem Gesundheitsausschuss seine Pläne, wie mit der Bevölkerung umgesprungen werden soll. In seinem Papier drohte er an, »Personengruppen, die noch nicht geimpft werden können (!), vor einer möglichen folgenreichen Erkrankung mit vertretbarem Aufwand« zu schützen.

Dieser Schutz bedeutet konkret: Maskenpflicht bis zum Frühjahr 2022. Außerdem weiterhin der Einschluss von positiv getesteten Menschen. Mit »systematisch seriellem Testen« will Jens Spahn die »beiden verwundbarsten Gruppen« schützen: alte Menschen und junge Menschen. Menschen unter 20 Jahren haben ein Risiko gegen Null, an einer Corona-Erkrankung schwer zu erkranken oder gar zu versterben. Wie zuletzt eine Studie, abgedruckt im renommierten Fachblatt *The Lancet Child & Adolescent Health*, belegte. Für Jens Spahn ist dies jedoch nicht von Bedeutung. Wichtig für ihn ist nur, dass es für Kinder unter 12 Jahren noch keinen zugelassenen Impfstoff gibt.

In dem Papier heißt es weiter: »Insbesondere für ungeimpfte Personen können somit abhängig von der Impfquote, der Inzidenz (nach Altersgruppen) und der Covid-19-Hospitalisierungsrate (nach Altersgruppen) ab bestimmten Grenzwerten erneut weitergehende Einschränkungen notwendig werden. Dazu zählen insbesondere Kontaktbeschränkungen sowie die Begrenzung der Teilnahme beziehungsweise der Ausschluss von der Teilnahme nicht geimpfter Personen an Veranstaltungen und in der Gastronomie.«

Die Grünen applaudierten diesen Plänen lautstark. Das Papier erscheint vor dem Hintergrund, dass sich mittlerweile nur noch wenige Menschen in Deutschland impfen lassen wollen. Die Bundesregierung verfolgt hier einen Plan der schwarzen Pädagogik, um die Menschen zur Impfung zu zwingen. »2G« und »3G« sind die nächsten Deppen-Begriffe, die uns auch in Deutschland drohen. In Österreich sind sie bereits seit Monaten verbreitet. Wobei festzuhalten ist, dass eine riesige Zahl »Genesener« keinen Nachweis hierzu hat. Nicht jeder Mensch, der sich erkältete, machte einen PCR-Test, sondern blieb einfach ein paar Tage im Bett. Dieser ist jedoch notwendig, ein nachträglicher Antikörpernachweis wird nicht anerkannt.

Unterstützt wird die Bundesregierung in ihrem Impfwahn auch durch den Lobbyverband der Musikspielstätten (LiveKomm). Dieser forderte ebenfalls am 4. August 2021 eine Öffnung aller Veranstaltungsorte und zwar zu 100 Prozent. Dies unter der Bedingung, dass nur »Genesene und Geimpfte« Zugang zu Veranstaltungen hätten. Würden Menschen mit Testnachweis hinzukommen, sollten nur 50 Prozent der maximalen Personenzahl Zugang finden, so der Vorschlag der finanziell strapazierten Branche. Auf diesem Wege könne man auch »Impfanreize« schaffen. – Ein zu 100 Prozent gefüllter Club würde dem Veranstalter auch deutlich mehr Geld bringen als ein zu 50 Prozent gefüllter Club. Sollte dieser Forderung nachgekommen werden, kann man sich darauf einstellen, dass es bald nahezu keinen Konzertbesuch mehr für Ungeimpfte geben wird. – Auch aus dem Hotel- und Gaststättenverband (dehoga) kamen Forderungen, nur noch Geimpfte als Gäste begrüßen zu wollen.

Dann verkündete am Mittwoch, den 4. August 2021, der Technikkonzern Microsoft des Impf-Fundis Bill Gates, dass es von nun an in den US-amerikanischen Büros eine Impfpflicht gebe. Ab September dürften nur Menschen die Konzernräume betreten, die einen vollständigen Impfschutz haben, so meldete es unter anderem der *Deutschlandfunk*. Andere Unternehmen werden wohl nachziehen. Auch in Deutschland. In Anbetracht des vollkommenen Versagens der Gewerkschaften, für ihre Mitglieder einzutreten, ist nicht zu erwarten, dass ein nennenswerter Widerstand entstehen wird.

»Tolle Menschen«

Die französisch-deutsche Nachhilfelehrerin und Schulbegleiterin, Véronique Marsaudon, demonstrierte am 1. August in Berlin.

Wir trafen sie am Morgen des 1. August am Berliner Olympiastadion. Sie trug eine Armbinde mit der Aufschrift »Liberté«, Freiheit. Für die aktuelle Ausgabe dieser Wochenzeitung telefonierten wir mit Madame Marsaudon.

Aus welchem Grund sind Sie nach Berlin gekommen?
Weil ich die ganzen Corona-Maßnahmen nicht befürworte. Ich habe einen gesunden Menschenverstand, merke, dass es nicht mit rechten Dingen zugeht. Ich habe beide Staatsbürgerschaften, die deutsche und die französische.

Was lehnen Sie an den Corona-Maßnahmen ab?
Dass man viel zu sehr eingeschränkt ist. Ich trage keine Maske, weil ich sie nicht ertrage. Ich arbeite im Bildungsbereich. Ich erlebe Grundschulen, in denen die Kinder Masken tragen müssen. Das ist unlogisch und falsch. Ich habe ein ganz schlechtes Gefühl, was diese Maßnahmen angeht. Wenn mein Sohn noch klein wäre, würde ich mich wie eine Löwin vor ihn stellen und ihn davor beschützen.

Warum?
Ich kenne viele Ärzte persönlich, die mich ausgewogen informieren. Ich war bereits auf mehreren Demos, denn das hat alles nichts mit der genannten Krankheit zutun, die Maßnahmen sind zu weit gegriffen.

Womit hat es dann zu tun? Ihre Hypothese?
Ich habe den Eindruck, man will die Menschen führen. Ich kann es nicht genau in Worte fassen. Ich erlebe auch mit, wie die Bildung immer mehr bergab geht, in Frankreich wie in Deutschland. Man will die beiden Kulturen insgesamt zerstören. Ich mache mir große Sorgen um beide Länder.

Wie ist es Ihnen im weiteren Verlauf ergangen?
Mich begeistern diese tollen und interessanten Menschen, die ich in der Demokratiebewegung treffe, befasse mich mit dem Agrarkonzept der Permakultur. Ich bedauere deshalb, dass die Demonstration verboten wurde. Ich erlebte mit, wie die Polizei in Berlin mit unseren Freunden umgegangen ist. Ein Freund von mir wurde verletzt, ein anderer Freund durch die Gegend geschleudert wie Vieh. Ich habe größte Bedenken, was aus Deutschland wird, diesem schönen Land. Dass es so auf nichts Gutes hinausläuft, ist für mich klar. Impfen? Ich will und werde das nicht tun, nur über meine Leiche. Ich lasse das nicht mit mir machen, denn ich will ein freier Mensch bleiben.

Madame Marsaudon, merci beaucoup et vive l'amitié franco-allemande, es lebe die wahre französisch-deutsche Freundschaft der Menschen.

Die Fragen stellte Anselm Lenz. Frau Marsaudon weist für Französischleser auf die Seite reinfocovid.fr *hin.*





VERSAMMLUNGS-FREIHEIT

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Der 1. August 2021 dürfte als der Tag in die Geschichte eingehen, an dem die Versammlungsfreiheit abgeschafft wurde. Am letzten Wochenende wurden in Berlin mehrere Großdemonstrationen der Freiheitsbewegung angezeigt, der Großteil davon wurde aus rein politischen Gründen verboten.

Sowohl der geplante Demonstrationszug verschiedener Initiativen, welcher wie im letzten Jahr auf der Straße Unter den Linden starten sollte, als auch die Kundgebung von Querdenken 711 auf der Straße des 17. Juni wurden verboten. Gegen beide Verbote wurden Rechtsmittel bis zum Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt, ohne Erfolg, was zu erwarten war. Während die Initiative Querdenken 711 die Verfassungsgerichte nicht anrief, legte Rechtsanwalt Friedemann Däblitz gegen das Verbot des Demonstrationszuges sowohl vor dem Landesverfassungsgericht Berlin als auch vor dem Bundesverfassungsgericht Eilanträge ein. Das Landesverfassungsgericht Berlin teilte meinem Kollegen am Samstagnachmittag mit, dass das Gericht keine Entscheidung mehr treffen würde. Die Richter wollten sich offenkundig vor einer Entscheidung drücken, wohl wissend, dass das Verbot offensichtlich verfassungswidrig war.

Das Bundesverfassungsgericht hat über die ausführliche Verfassungsbeschwerde noch entschieden und diese mit einem Satz abgelehnt. Dies mit der Begründung, dass die Voraussetzungen nach § 32 Abs. 1 BVerfGG nicht ausreichend dargetan wurden. Mehr als einen Satz war unserem höchsten Gericht die Versammlungsfreiheit nicht (mehr) wert, unterzeichnet wurde die Entscheidung von den Richtern Ott und Radtke sowie dem Gerichtspräsidenten Harbarth, welcher bis 2018 noch für die CDU im Deutschen Bundestag saß. Für Regierungskritiker ist die Versammlungsfreiheit damit abgeschafft, sie versammelten sich trotzdem zu Zehntausenden, eine Berufung auf das (friedliche) Widerstandsrecht des Artikel 20 IV GG dürfte damit legitim sein. Es sei hierbei aber angemerkt, dass sämtliche Demonstrationszüge rechtskonform waren, jedenfalls soweit sich diese spontan gebildet haben und nicht auf Flächen durchgeführt wurden, bei denen ein bestätigtes Versammlungsverbot vorlag oder eine Auflösung erfolgte.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Der Unterstützerverein dieser Zeitung fördert die offene Verfassungsbeschwerde des Anwalts Friedemann Däblitz ideell und mit Geldmitteln.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen auf nichtohneuns.de oder demokratischer-kalender.de!

Der Dorn im Kanzlerauge

Der Träger des Preises der Republik, Roman Mironov, übergab dem Kanzleramt eine 27.500 starke Petitionsliste zur Abberufung der Regierung.

Von Nicolas Riedl

Kurz vor Petitionsübergabe noch die Unterschriften ausdrucken und dabei Tintenmangel und Druckerstreik riskieren — Roman Mironov ist risikofreudig. Etwas später als angekündigt erscheint er um 20 nach 12 am Bundeskanzleramt.

Eine kleine Menschentraube empfing den Aktivisten, der mit den Unterschriften unterm Arm vor den Toren eine Erklärung abgab. Die Regierung habe sich mit ihrem Handeln der letzten Monate untragbar gemacht und müsse augenblicklich zurücktreten.

Die Märsche der Demokratiebewegung am 1. August 2021 hatten einen traurigen Höhepunkt erreicht, als im Zusammenhang mit einer »polizeilichen Maßnahme« einer der Teilnehmer ums Leben kam. Darum sei es nun der richtige Moment, diese Unterschriften zu überreichen. Die Übergabe dieser Unterschriften sei »historisch«. Mironov ging, begleitet von der Menschentraube, zu den beiden uniformierten Pförtnern am Haupteingang, die er mit seinem slawischen Akzent begrüßte. Mit seinem Vorhaben hielt er nicht hinterm Berg. Ganz direkt verkündete er, dass er eine riesige Menge an Unterschriften im Rahmen einer Petition habe und mit dieser die sofortige Abberufung der Kanzlerin samt Regierung erwirken wolle.

Wie Mironov uns auf Nachfrage am Folgetag berichtete, ist die Unterschriftenliste letztlich »nach langem Hin- und Her« angenommen worden. Allerdings hatte die Aktion ein Nachspiel für alle Beteiligten. Sie wurden von einer Hundertschaft der Polizei stundenlang eingekesselt und erkennungsdienstlich erfasst. Unser Leben in der Bundesrepublik 2021. Die UN ermitteln.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum / Zeit	Ort	Titel
07.08.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz Am Sportplatz / Bernauer Str	Schilderaktion Freiheitsallee
07.08.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung - Wahrheit und Freiheit!
07.08.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
07.08.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
07.08.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Hochschule Hannover - Ritter-Brüning-Str.	Autokorso für Grundrechte
07.08.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
07.08.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
07.08.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Frieden und Freiheit, Eigenverantwortung
07.08.2021 15-17 Uhr (jeden Sa (außer bei Großdemos))	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
07.08.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
07.08.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
07.08.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Harras	UlliOma & Friends
07.08.2021 16-19 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Immunität für Demokratie, Freiheit, soziale Sicherheit"
07.08.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Spaziergang für Frieden, Freiheit, Demokratie
07.08.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
08.08.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
08.08.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
08.08.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
08.08.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
08.08.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6)	Fahrradkorso für Grundrechte (Autokorso, Viehmarkt)
08.08.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
09.08.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
09.08.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
09.08.2021 17-18 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Schilderaktion für Grundrechte
09.08.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
09.08.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
09.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
09.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr./Schloßplatz/Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
09.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
09.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz - 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
09.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso für Grundrechte
09.08.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
09.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz	Magic Monday MediTANZion
09.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Grundrechte & Beendigung des Lockdowns
09.08.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang - Gemeinsam in Liebe gegen Spaltung
09.08.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
09.08.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
09.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
09.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
09.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
09.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
09.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, Rathaus - Bernauer Str. / Geigelsteinstr.	Montagsspaziergang zur gegenseitigen Vernetzung
10.08.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
10.08.2021 16:45-18:30 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz (Mittelstreifen der Schlossstr.)	Schilderaktion
10.08.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
10.08.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
10.08.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
11.08.2021 13-16 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache "Im Namen der Kunst"
11.08.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
11.08.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
11.08.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
12.08.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
12.08.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
12.08.2021 18-19:30 Uhr (jeden Do)	Murrhardt, Marktplatz vor dem Rathaus	Mahnwache
12.08.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
12.08.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
12.08.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
13.08.2021 16:30-18 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Fahrrad- u. Autokorso für Grundrechte
13.08.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
13.08.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
13.08.2021 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Freiheitspicknick
13.08.2021 17:30-19:30 Uhr (jeden Fr)	Berlin, Ort siehe Online	Autokorso Berlin Ost
13.08.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Balingen, Marktplatz / Stadtkirche	Frühlingserwachen für Freiheit u. Demokratie
13.08.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
29.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo
05.09.2021 14-15:30 Uhr (jeden 1. So im Monat)	München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni)	Mahnwache für Julian Assange
11.09.2021 10-23:59 Uhr	Brussels, To be announced	European Demonstration for Freedom and Democracy

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Fortsetzung von Seite 1 | *von Anselm Lenz*

So war diesmal die englische Demokratiebewegung »Save Our Rights UK« aktiv als Gast dabei, wobei eine derer wesentlichen Figuren, Louise Creffield, noch in England am Flughafen aufgehalten worden war. Dies, weil deutsche Behörden auf die Ausreise per Telefonat am Gate einwirkten. Merkel ließ also verhindern, dass die britische Demokratin Creffield in Berlin spricht.

Dennoch steht nach dem 1. August 2021 fest: Lüge, Eugenik, Impfterror und der irrationale Corona-Kult haben auch in Deutschland keine Chance mehr. Einen weiteren *Lockdown* kann und wird es auf gar keinen Fall geben. Ebenso wird es niemals eine Impfpflicht geben und schon gar keine Segregation. Denn die Regierung Merkel kann ihren Propagandafeldzug nicht mehr gewinnen; das Volk hat seinen Willen zum Ausdruck gebracht. Es gibt keinen höheren Grund, mit Menschenrecht und dem Grundgesetz zu brechen. Diese sind unwiderruflich, dahinter geht es niemals zurück.

Und so trafen sich am Wochenende des 31. Juli und 1. August 2021 in mehreren Aufzügen je Zehntausende bis Hunderttausende Demonstranten in der Hauptstadt. Dies trotz vermeintlicher Verbote durch die Corona-Diktatur. Eine Zahl, die vonseiten mehrerer Beobachter am Abend des 1. August kursierte, war jene, dass 400.000 aktive Teilnehmer der Demokratiebewegung in der Hauptstadt dabei gewesen seien. Selbst wenn dies um 100.000 oder 150.000 zu hoch gegriffen sein könnte, steht unter den Umständen einer De-facto-Diktatur fest: Es sind die mutigsten, demokratischsten und fähigsten Menschen, die unser Land aufzubieten hat. Hinter ihnen steht eine zweistellige Millionenzahl von Menschen im ganzen Land, überall, auch unter Soldaten, Polizisten und in den mittleren und unteren Ebenen unserer Institutionen.

Ein Gefühl des Stolzes und der Verbundenheit, ein Sinn für gegenseitige Hilfe und das Menschenrecht sind die Eckpfeiler der deutschen Demokratiebewegung. Sie durchbrach mit mehreren beweglichen Hygienespaziergängen von der City West zum Berliner Dom friedlich durch schiere Masse die rechtswidrige Polizeiblockade (siehe Titelbild dieser Ausgabe). Ein spontan entstandener, historischer Erfolg der Menschen in Deutschland, der in die Geschichtsbücher eingehen wird!

KLARE FORDERUNGEN

Von Anbeginn sind die Forderungen der Demokratiebewegung klar, rational, nachvollziehbar und umsetzbar. Weiters wird angesichts der grabentiefen Risse in unserer Gesellschaft der Weg in die Zukunft durch eine Verfassungserneuerung von unten gebahnt werden. Statt der dystopischen Konzern- und Multimilliardärsdiktatur des »Great Reset« können durch eine Wirtschafts- und Sozialcharta im Verfassungsrang ökonomische Grundrechte verbindlich und einklagbar werden. Menschliche Strukturen, Kleinteiligkeit und Beweglichkeit bleiben erhalten, wohingegen Konzerne gestutzt oder aus dem Binnenmarkt herausgehalten werden. Freiheit und Gleichheit werden damit im historischen Maßstab unter rechtsstaatlichen Kriterien brüderlich versöhnt, dem Umweltschutz, der Erderwärmung und den künftigen Generationen zu ihren Rechten verholfen.

So oder so ist die Demokratiebewegung seit deren Beginn am 28. März 2020 die bei Weitem größte, umfangreichste und ausdauerndste Bewegung, die es jemals in der deutschen Geschichte gegeben hat. Staatlich geförderte Demonstrationen wie der Christopher-Street-Day oder Black Lives Matter wurden sogar in dem Punkt »Hygienekonzept« bei Weitem übertroffen. Am Wochenende gab es durchaus Überschneidungen in der Teilnehmerschaft. Die Demokratiebewegung ist also weder schwulenfeindlich noch rassistisch und schon gar nicht antisemitisch. Es geht schlichtweg um ganz andere Themen, die viel grundlegender sind.

Die Demokraten skandierten am 1. August 2021 gemeinsam: »Die Mauer muss weg!« und »Frieden, Freiheit, keine Diktatur!« Genau das stört eine politmediale Kaste, die bereits die Schuld schwerster Verbrechen auf sich geladen hat, sich auf einer Rutschbahn in den Faschismus befindet und dabei schon tief gesunken ist. Und dennoch ist es nicht zu spät umzukehren, sich zu erklären, endlich die Wahrheit zu sprechen und das Volk um Verständnis und Gnade zu bitten.



Aus vielen Häusern schlossen sich die Bürger an: Mehrere gigantische, bunte Demozüge der Demokratiebewegung ließen sich am 1. August 2021 auf ihrem Kurs durch die Straßen nicht aufhalten.
Foto: Eva Huber

ES GIBT DEN FREIEN WILLEN UND ER KANN EINGESETZT WERDEN

Doch das geschah nicht. Und so kam es, wie es im Merkel-Staat unter der Corona kommen musste: Die wie unter Drogen gesetzt agierende Berliner Polizei verletzte Menschen. Ein Demonstrant kam zu Tode. Es stellt sich die Frage, ob die politmediale Kaste tatsächlich bereit ist, demnächst Massenmorde zu verantworten. Das Impf-Regime steht im Verdacht der Eugenik. Mit einer Salamitaktik werden der Hypothese zufolge Milliarden Menschen unfruchtbar gemacht. Wenn das vielfach begründete Gerücht stimmt, wäre dies die Planung des mit Abstand größten industriell durchgeführten Verbrechens der Menschheitsgeschichte.

Die europaweit bekannte Sozialwissenschaftlerin Dr. Yana Milev brachte die Zustände zuletzt auf diese Formel: »Wie könnte man behaupten, dass seit Februar 2020 nichts geschehen ist? Eine Maske zu tragen, ist das Einverständnis zu einem industriell geführten Pandemiekrieg. Es ist der Startpunkt des sogenannten Lagereffekts, den Konzentrationslagern in der Mitte der Gesellschaften.«

Nach den täglichen Demos, verteilt im ganzen Land und in Berlin, soll voraussichtlich Ende August die nächste Großdemo in der Hauptstadt stattfinden. So heißt es in vielen Foren: »Jeder, der dafür auf die Straße mobilisiert, ist ein aktiver und willkommener, selbstbestimmter Teilnehmer unserer Gesellschaft und wird als Mensch mit Stärken und Fehlern akzeptiert.« Die Verantwortung für die Krisen und der Rechtfertigungsdruck für das eigene Tun und Lassen liegen auf Seiten der Regierung, nicht auf Seiten der Demokratiebewegung – und schon gar nicht deren erfolgreichster Vertreter. Das Zeichen des Wochenendes in Berlin war bärenstark.

Abends: Ein echter Regenbogen spannte sich über den Alexanderplatz, über den Berliner Dom, über Ost und West, über den einigen Himmel. Mir kamen Tränen der Freude und des Dankes im Gefühl der Verbundenheit mit diesen großartigen, mutigen Menschen. Es lebe Deutschland, es lebe die Menschheit und das Menschenrecht, es lebe die wahre Demokratie, es lebe die Freiheit, die Grundrechte, die Suche nach und die Ermittlung der Wahrheit! Es lebe die soziale Verständigung, der Frieden, die Fairness, der Ausgleich der Interessen durch das Recht, die Humanität, die Menschlichkeit!

Der komplette Text liegt als Audio auf *KenFM.de* vor.

»Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin«

Der rasende Reporter Clark Kent sendet ein Zeichen der Stärke durch die Republik.

Die Regierung hat dieses Wochenende wohl sehr viel Angst gehabt, da sie den kompletten Tiergarten, sowie große Teile des Reichstags und dessen Gärten abgesperrt hat.

Der Samstag, 31. Juli, begann mit einem Autokorso am Olympia-Stadion mit circa 100 Fahrzeugen. Obwohl in Berlin keine Maskenpflicht herrscht, mussten die Teilnehmer sie auf dem Parkplatz tragen oder im Auto sitzen bleiben.

Der Korso startete mit Verspätung, da die Polizei einen in der Nähe parkenden LKW mit einem Banner, der auf die Demo vom 1. August hinwies, noch demolieren wollte. Rechtsanwalt Markus Haintz erklärte den Polizisten die rechtliche Grauzone dieser Handlung. Als ihn dann ein Polizist unsanft wegstieß, kamen Teilnehmer der Veranstaltung zu Hilfe. Daraufhin ließ man den Korso plötzlich starten. So kann man natürlich auch deeskalieren. Im Unterschied zum Vorjahr durfte Superman dieses Mal nicht im Auto stehen. Ein Polizist nahms sehr genau und überprüfte Supermans Sitzhöhe sogar, indem er auf seinem Motorrad stehend nebenher fuhr.

Am Sonntag liefen, wie immer friedlich, viele Demonstranten durch die Berliner Innenstadt. Dieses Jahr jedoch ohne Erlaubnis jenes Regierungsapparates, gegen den demonstriert wird. Für Freiheit, Recht und Demokratie darf in diesem Land nicht mehr demonstriert werden, selbst wenn man um Erlaubnis fragt.

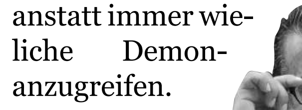
GESTAPO ZURÜCK IN BERLIN

Die Frage nach der Anzahl der Menschen ist nicht zu beantworten. Die Leute waren so verstreut, dass eine Schätzung von mehreren Hunderttausend nicht unrealistisch scheint.

Zur Demo titelte die amerikanische Zeitung *Gateway Pondit* (übersetzt): »Die Gestapo ist zurück in Berlin: 600 Verhaftungen, 1 Toter, Frauen und Kinder auf der Straße verprügelt auf dem Berliner Antilockdown-Protest.«

Nebenbei wurde Nils Melzer, der UN-Beauftragte für Folter, auf die Exekutive in Deutschland aufmerksam. Der Sonderbeauftragte bittet um Hinweise für Polizeigewalt in Deutschland im Zusammenhang mit dem 1. August an sr-torture@ohchr.org.

Nach all dem Wahnsinn der Regierung haben wir jetzt einen Toten. Polizeisprecher: »Ich kann nichts darüber sagen, denn ich kenne den Fall nicht.« Vielleicht sollte die Polizei sich genau mit diesem Fall befassen, anstatt immer wieder friedliche Demonstranten anzugreifen.





Der Philosoph und die Eistonne

Oder: Die Angst weist mir den Weg. | Von Hannes Henkelmann

In Berlin-Kreuzberg traf ich Uwe Heyduk. Wir sprachen über die Krise, Kontrollen und die Kälte, aber auch darüber, wie man wächst und sich wappnet.



Der Kreuzberger Uwe Heyduk spricht über seinen Mut zum Widerstand. *Foto: Hannes Henkelmann*

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!
Mein Name ist Uwe Heyduk. Ich bin 62 Jahre alt, ledig, Holz-Designer und mittlerweile Pensionär. Aufgewachsen bin ich an der Nordsee, aber Anfang der 80ziger bin ich ins atmosphärisch ruhige Berlin geflüchtet.

Die Philosophie ist Ihre große Leidenschaft. Wie kam es dazu?
Während der politisch eher langweiligen Kohl-Ära fand ich Freude und Trost an sprachlich hochbegabten, schimpfenden Philosophen. Und so startete ich als begeisterter Autodidakt, wurde als Gasthörer für Philosophie an der Uni leider ernüchtert und zog dann den Austausch im kleinen Kreis vor. Schließlich wurde die Bücherwelt meine Welt, sie war lehrreich und ungefährlich.

Leben wir für Philosophen jetzt nicht in spannenden Zeiten?
Die Zeiten sind sogar sehr spannend, nur leider kommen die Philosophen trotz der Krise nicht aus der Deckung. Ich würde mir sehr wünschen, dass sie in einen der Philosophie würdigen, streitbaren Dialog eintreten würden. Aber nichts da! Der freie Geist weht, wenn überhaupt, im Verborgenen. Die universitäre Philosophie hat in der Not NICHTS zu sagen. Das ist traurig.

Sie haben Ihren Rückzug in die Welt der Bücher im Herbst 2020 beendet und sind seitdem aktiv im Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen! Was war der Impuls?
Ein kritischer Medienbeobachter war ich schon lange, aber ab März 2020 schwand mein Restvertrauen in Medien und Regierung. Rettende Orientierung gaben Jebsen, Schreier, Wodarg und viele mehr. Letztendlich kam ich durch die Magie eines aktiv gewordenen Freundes in die großartige Welt der Widerständler. Mut war so viel attraktiver als meine Ängstlichkeit.

Sie haben in dieser Zeit auch Ihre Erfahrungen mit der Staatsmacht gemacht.
Als Mitglied des Querdenken-30-Teams half ich, die wöchentlichen Demos am Alexanderplatz zu organisieren. Die Polizei machte uns von Anfang an das Leben schwer. Die einstündige Kontrolle der Atteste zur Maskenbefreiung gehörte zum Standard-Prozedere, oft kombiniert mit Leibesvisitationen. Zweimal nahm mir die Polizei das Attest ab. Begründung: keine! Daraufhin ein hanebüchener Schriftverkehr: drei Behörden, 13 verschiedene Aktenzeichen und der unsinnige Vorwurf, die Originale seien ja ohne Unterschrift und Stempel. Stumpf gelogen.

Wie ging es dann weiter?
Ich wurde angeklagt. Anfang Juli kam es zu meinem ersten Gerichtstermin überhaupt. Und nach dieser bürokratischen Zumutung konnte ich dem Termin nur mit ängstlicher Anspannung entgegensehen. Aber ich hatte im Vergleich zu vielen anderen Mitstreitern Glück. Der Richter war ein freundlicher Mensch, der nach Sichtung des Attests das Verfahren einstellte. Unterschrift und Stempel fehlten natürlich nicht. Seine Erklärung dazu: Die Polizei sei derzeit wohl überfordert. Naja. Recht bestärkt verließ ich das Gericht. Was anderen möglicherweise banal erscheint, ist für mich ein großer Sieg gewesen.

Mögen Sie erzählen, warum Sie keine Maske tragen können?
Nun, ich hatte als Kind über Jahre mit einer chronischen Mandelentzündung zu kämpfen, die mir zeitweise den Hals zuschnürte und eine stumme Todesangst in mir auslöste. Erst mit neun Jahren gab es die rettende Operation. Ich kann die Maske definitiv nicht tragen, weil sie eben diese Ängste wieder auslöst.

Die Angst und eben diese zu besiegen, scheint das große Thema in Ihrem Leben zu sein. Das ist Ihnen kürzlich erst wieder gelungen. Stichwort Eistonne!
Neben der Angst vor dem Ersticken war meine Kindheit auch durch die Angst vor Kälte geprägt. Ein Bad in der Nordsee und kalte Duschen waren immer ein Horror. Vor ein paar Wochen gab es nach einer gemeinsamen Sporteinheit von einem Freund das Angebot, bei ihm zu Hause noch in die Eistonne im Keller zu steigen. Zu meiner Überraschung wurde ich neugierig, ging mit und phantasierte schon unterwegs, dass sich mein Leben ändern würde, wenn ich da mitmachte. Genauso kam es. Es war unvorstellbar! Ich stieg in die Tonne, konnte nicht atmen, aber schreien. Das half und war befreiend. Und als ich nach gefühlter Ewigkeit, einer knappen Minute, wieder ausstieg, wurde ich gefeiert wie ein Held. Danach war ich im Rausch von Lebendigkeit und Kraft. Und konnte erkennen: Mit einem Freund an der Seite weitet sich der Horizont neuer Möglichkeiten. Vertrauen verführt – in die Selbstermächtigung und in die Überwindung der Angst.

Mehr zum Thema: Zeitenwechsel.org



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

GEBURTSTAGSGESCHENK

An meinem Geburtstag hatte ich zum ersten Mal Ihre Zeitung im Briefkasten. Es war das Geschenk meines Sohnes, der für mich ein Abo abgeschlossen hat. Übrigens das schönste Geschenk, das ich bekommen habe! Seitdem kann ich kaum den Samstag abwarten. Ich wünsche euch weiter viel Erfolg und steigende Auflagen. – Christine E.

CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von den *Mainstream*-Medien bin ich seit Monaten enttäuscht wegen der einseitigen Berichterstattung. Mit Verspätung erfuhr ich nun, wie die Medien in Schwäbisch Hall eine Demo denunziert haben. Es waren auch Christen dabei und eine Kirche ließ sich instrumentalisieren und ließ die Glokken läuten. So spielt man Christen gegeneinander aus, unerträglich. Bringt doch bitte einmal einen Bericht über die Christen im Widerstand. – Klaus L.

1. AUGUST

Vieles war verboten, das hielt die Menschen aber am 1. August nicht ab, in Berlin zu demonstrieren. Ein langer, autonom organisierter, großer Schwarm ergoss sich durch die Straßen von Berlin und brachte die Botschaft » Frieden, Freiheit, Demokratie« unter die Menschen. Es tat gut, wieder einmal so viele Gleichgesinnte zu treffen – viele von ihnen mit eurer großartigen Zeitung in den Händen. – Dietmar L.

EIN LIEBSAMER FUND

Ich habe die Zeitung am Bahnhof gefunden. Welch ein Glück wieder einmal für mich. Die Zeitung ist super. Leider denkt niemand mehr an die älteren Leute, die kein Internet haben. Ich werde hier zu den Montagsdemos gehen. Ich kämpfe für mein Kind und meine Enkel.

IM NOTFALL

Ich brauche euch, eure Zeitung für die harten Fälle, denen ich Erkenntnis wünsche. – Bärbel

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND AM KIOSK!

Das Bild von euren Zeitungen am Zeitungskiosk Wittenbergplatz, das am 1. August auf eurem Telegram-Kanal erschienen ist, erweckte in mir die Vorstellung, wie doch so selbstverständlich der Demokratische Widerstand überall das Informationsspektrum erweitern könnte! Bisher eine Utopie und doch ein realer Wunsch. – Sophia T.



WAS KOSTET DIE POLIZEI?

Berlin, 1. August 2021: ein gigantisches Aufgebot von Ordnungskräften von Bund und Ländern. Hoffnungslos überdimensioniert und viel zu teuer. | Von Hermann Ploppa

Am 1. August 2021 marschierte – oder sagen wir besser: spazierte – eine statistisch durchaus signifikante Anzahl von Demokraten durch den Berliner Westen in Richtung Berlin-Mitte. Es war den Bürgern draußen im Lande nicht länger zu vermitteln, dass am Wochenende zuvor laut Regierungsangaben achtzigtausend Demonstranten beim *Christopher Street Day* dicht an dicht und oftmals ohne Maske und Abstand durch Berlin marschieren konnten – und eine Woche später dann den Bürgern untersagt ist, in einer ernsthaften Angelegenheit ihre Meinung öffentlich kundzutun.



Wasserwerfer rücken den Menschen des Landes zu Leibe, die diese bezahlen. *Foto: Tomas Kahmann*

Den friedlichen Demonstranten bot sich ein martialisches Bild. Vermummte, behelmte Jungpolizisten in Ritterrüstung. Als ginge es darum, aufgeputschte Hooligans in die Schranken zu weisen. Wasserwerfer. Und als Krönung knatterte ein Polizeihubschrauber der Sorte EC 135 über die Häuserschluchten. Das macht rein strategisch keinerlei Sinn und kann getrost als psychologische Kriegsführung, also Einschüchterung, gewertet werden. Die belästigten Demonstranten fragten sich, wie viel Steuergeld dieser Helikopter da mit seiner Vorführung eigentlich gerade buchstäblich verbrennt. Kanonen auf friedfertig zwitschernde Spatzen?

KRIEGSARSENAL GEGEN FRIEDLICHE DEMONSTRANTEN

Also, was kostet ein Polizeihubschrauber? Bundespolizei und die einzelnen Polizeiabteilungen der Länder haben im Laufe der Jahre eine beachtliche Anzahl von Hubschraubern erworben. Die Modelle Eurocopter 135, EC 145 und EC 155 kosten je nach Ausstattung 6 bis 8,5 Millionen Euro. Laut eigener Angabe verfügt die Bundespolizei mit 87 Hubschraubern über die größte Hubschrauberflotte in Deutschland. Der Freistaat Bayern verfügt über acht Maschinen des Typs EC 135. Berlin ist arm und hat nur einen einzigen EC 135. Es soll ja gar nicht in Abrede gestellt werden, dass der Einsatz von Hubschraubern mit ihren Nachtsichtgeräten, Suchscheinwerfern und thermographischen Kameras in Katastrophensituationen durchaus sinnvoll ist. Aber was sollen sie gegen friedliche Spaziergänger ausrichten? Eine Flugstunde mit diesen Spezialfliegern kostet zwischen 3.000 und 6.000 Euro. Wobei der Kerosinverbrauch mit etwa 150 Litern in der Stunde bei einem Literpreis von 0,38 Euro vergleichsweise unerheblich scheint. Die Ausbildung eines Hubschrauberpiloten kostet die Steuerzahler dagegen im Schnitt 440.000 Euro. Wenn man bedenkt, dass die 87 Hubschrauber der Bundespolizei und die 42 Hubschrauber der Länderpolizeien die meiste Zeit ungenutzt im Hangar stehen, ist das schon ein bemerkenswerter Luxus, der Milliardenbeträge verschlingt.

Eine weitere Kanone gegen Spatzen ist der Wasserwerfer, in der Repressionsszene liebevoll auch »WaWe« genannt. Seit 2012 wurden 80 neue Wasserwerfer angeschafft. Ein einziger WaWe kostet eine Million Euro. In Berlin wurden WaWe im Jahre 2003 zum letzten Mal eingesetzt. Das Comeback erfolgte am 18. November 2020 beim Protest gegen die Erweiterung des Infektionsschutzgesetzes am Brandenburger Tor. »Wir haben natürlich Versammlungen, bei denen Einzelne Flaschen werfen, und Einzelne, die Gewalttaten verüben. Aber dass sich Tausende nicht an Regeln halten, das ist diesmal die Besonderheit«, wusste die Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik zu sagen. Der *Berliner Zeitung* verdanken wir ein vielsagendes Geständnis, warum man bislang auf Wasserwerfereinsätze verzichtete: »Ihre Zurückhaltung begründete die Polizei stets aus einsatztaktischer Sicht, denn der Einsatz der Nassmacher wirke eskalierend.« Man wollte also offenkundig am Brandenburger Tor eskalieren und aus friedlichen Demonstranten wütende Straßenkämpfer machen. Die Demonstranten ließen sich aber nicht aus der Reserve locken.

In sogenannten Großlagen werden 17.400 Bereitschaftspolizisten eingesetzt. Auch hier gibt es gewiss Anlässe, bei denen Bereitschaftspolizisten notwendig sind. Denn in der Demokratie darf das Militär keine Einsätze im Inland durchführen. Allerdings glänzen die Bürgerkriegspolizisten bisweilen durch Abwesenheit. So geschehen in Hamburg-Altona beim G20-Gipfel im Jahre 2017, als Randalierer vollkommen ungehindert Geschäfte anzündeten und Autos demolierten. Immerhin mussten die Steuerzahler für die Polizeieinsätze beim G20-Gipfel die stolze Summe von 27,7 Millionen Euro berappen. Ein Bereitschaftspolizist verdient im Mittel 4.160 Euro im Monat. Die Beamten müssen nichts abgeben für Renten, denn sie bekommen eine staatlich garantierte Pension. Sie müssen sich privat krankenversichern. Netto bleibt diesen Beamten jedoch wesentlich mehr auf dem Konto als anderen Berufstätigen. Die Bereitschaftspolizei bekommt im Jahr also 868,6 Millionen Euro Gehalt. Nicht eingerechnet sind die Pensionszahlungen an Ruheständler.

STEUERGELDER IM POLIZEISCHLUND

Was mussten wir Steuerzahler für die Polizeiauftritte in Berlin am 1. und am 29. August 2020 bezahlen? Darüber hüllen sich die verantwortlichen Stellen in Schweigen. Genaue Angaben zu den Kosten von Polizeieinsätzen erfahren wir allerdings immer dann, wenn unliebsame Gruppen dieser Gesellschaft als lästige Kostenfaktoren gebrandmarkt werden. Einsätze gegen Pegida und Legida im Zeitraum von Herbst 2014 auf Herbst 2015 wurden von der sächsischen Landesregierung mit 774.000 Euro angesetzt. Die Polizeigewerkschaft schätzt die wirklichen Kosten auf drei Millionen Euro. Bedeutend teurer war der Polizeieinsatz im Falle des osthessischen Dannenröder Forstes. Dort hatten sich Umweltaktivisten gegen die Rodung eines Waldes gewehrt, der für den umstrittenen Ausbau der Autobahn A49 geopfert wurde. Die Kettensägen zu schützen kostete die Steuerzahler sage und schreibe 31 Millionen Euro. Um zwanzig Kritiker der Corona-Maßnahmen im schweizerischen Solothurn in Schach zu halten, benötigten die dortigen Gendarmen 70.000 Fränkli. In Bremen wurde am 5. Dezember letzten Jahres eine Corona-Demo verboten. Statt friedlicher Demonstranten erlebte man in der einstmals stolzen Hansestadt eine Leistungsschau moderner Aufstandsbekämpfung, mit militärischen Darbietungen der Bereitschaftspolizei aus unzähligen Bundesländern, unterstützt und flankiert von pseudolinken »Antifa«-Schwadronen. Diese improvisierte Polizeimesse kostete die Solidargemeinschaft mindestens 750.000 Euro.

BÜRGER BEZAHLT FÜR SCHLÄGE

Doch damit nicht genug. Jetzt sollen wir für die Hiebe auf den Kopf auch noch selber bezahlen. So regelt es die »Besondere Gebührenordnung des Bundesinnenministeriums« seit dem 2. September 2019. Das verstehen wir. Angesichts der monströsen Verschleuderung von öffentlichen Geldern durch die Herren Scholz, Spahn und Scheuer insbesondere, reichen die regulären Steuereinnahmen nicht aus, um den gesetzlichen Versorgungsauftrag weiterhin zu gewährleisten. Die Speisekarte der staatlichen Repression sieht vor: Identitätsfeststellung kostet 53,75 Euro. Der Beschluss, Sie zu verhaften, 74,15 Euro. Eine Viertelstunde Fahrt im Polizeiauto zum Revier: 15,69. Erkennungsdienstliche Behandlung mit Fotos und Fingerabdrücken kostet 59,50 Euro. Und pro Viertelstunde Ihrer Freiheitsberaubung müssen Sie 6,51 Euro bezahlen. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob Sie diese Hotelrechnung von der Steuer absetzen können. Vielleicht ist jene abstruse und verfassungswidrige Abzocke doch eher weniger hilfreich, um dem ausgemolkenen Staatssäckel frisches Geld zuzuführen. Denn die Erfinder der Gebührenordnung rechnen mit einer eher bescheidenen Mehreinnahme von 2,78 Millionen Euro. Vermutlich handelt es sich also eher um schwarze Pädagogik gegen unmündige Landeskinder. Das musste bereits eine bedauernswerte Bahnbenutzerin feststellen, als sie ihren Koffer auf dem Bahnsteig vergessen hatte. Sofort war die Bundespolizei mit Spürhunden zugegen und sicherte das gefährliche Corpus Delicti ab. Es hätte ja der Koffer von bin Laden sein können. Die Dame bekam eine Rechnung in Höhe von 550 Euro zugestellt für den extrem delikaten Polizeieinsatz. Merke: Die Polizei – Dein Freund und Helfer!



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Die verkannte Geldrevolution

Bitcoin ist derzeit die einzig praktikable Alternative zum totalitären Geldsystem der Eliten. | Von Burak Erbasi



Das Mining benötigt viel Rechenleistung und Strom, schützt aber das dezentrale Ökosystem vor Manipulationen und feindlichen Übernahmen. *Foto: CC/nachweisfrei*

Kryptowährungen sind häufig ein Streitthema in der Demokratiebewegung, wenn es darum geht, den Bürgern ein besseres Geldsystem anzubieten. Während Cyber-Anarchisten längst alle Instrumente geliefert haben, um ein dezentrales, unabhängiges und unhackbares Bezahlsystem für alle aufzubauen, sind vor allem ältere Demokraten immer noch misstrauisch gegenüber der größten monetären Revolution der Geschichte.

Es mag stimmen, dass Bitcoin (BTC) selbst als erste und größte Kryptowährung noch nicht das perfekte demokratische Transaktionssystem darstellt, doch die wichtigste Frage in dieser Diskussion lautet: Was sind die Alternativen, die uns hier und jetzt mehr Unabhängigkeit von den ausbeuterischen und undemokratischen Notenbanken bieten? Hier reicht es eben nicht aus, auf theoretische Konzepte zu verweisen oder auf die Machtübernahme zu warten, sodass wir vom Reißbrett aus die absolut perfekte Lösung basteln können.

Im Kampf gegen die immer totalitärer werdende globalistische Finanzmafia brauchen wir sofortige Maßnahmen, um uns vor Angriffen zu schützen. Solange wir ihr betrügerisches Geldsystem verwenden und unsere Vermögenswerte auf ihren Konten aufbewahren, sind wir auch abhängig von ihrer Gnade. Schon jetzt werden Bankkonten kritischer Organisationen gekündigt, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis das Bargeld gänzlich abgeschafft wird.

KRITIK OHNE PRAKTIKABLE GEGENANGEBOTE

Kürzlich erschien auf einigen alternativen Medienplattformen ein Bitcoin-kritischer Artikel von Christian Kreiß, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Aalen, der viele Demokraten verunsichert hat. Kreiß klagt den hohen Stromverbrauch und somit auch die Kosten des Bitcoin-Ökosystems an und vergleicht es zudem mit einem Schneeballsystem, das früher oder später kollabieren werde.

Der hohe Stromverbrauch und somit die Kosten für die Aufrechterhaltung und Sicherheit des Systems sind hinlänglich bekannt. Dass der Strommix einen bemerkenswert hohen Anteil an erneuerbaren Energien beinhaltet, wird nicht hervorgehoben. Wenn Bitcoin ein Unternehmen wäre, würde es zu den nachhaltigsten Stromnutzern weltweit gehören. Außerdem sind seine Berechnungen der Kosten pro Transaktion komplett überflüssig, sobald das Bitcoin-Ökosystem mit Skalierungsmethoden erfolgreich erweitert wird. Denn der Stromverbrauch richtet sich nicht nach der Anzahl an Transaktionen, sondern wird im wesentlichen dafür aufgewendet, um das System vor feindlichen Übernahmeversuchen zu schützen. Sehr bald schon können es Kryptowährungen, auch in Sachen Gebühren und Schnelligkeit lokker mit Visa oder anderen herkömmlichen Zahlungsanbietern aufnehmen.

UNABHÄNGIGKEIT GIBT ES NICHT UMSONST

Kritiker werfen Bitcoin zu hohe »Betriebskosten« vor. Auch wenn dem so sei: Einen Tod muss man sterben, denn die finanzielle Knechtschaft beginnt beim Geldsystem und der Frage, wer dieses kontrolliert. Bitcoin ist ein dezentrales und anpassungsfähiges Geldsystem, das jederzeit notwendige *Updates* durchführen kann — insbesondere bevor es zu einem Kollaps kommt, wie einige Kritiker prophezeien. So ist durch eine Abspaltung unter anderem Bitcoin Cash (BCH) entstanden, das Änderungen mit sich gebracht hat. Jeder, der vor der Einführung der neuen Währung einen BTC hatte, konnte danach auch einen BCH beanspruchen. Die Krypto-*Community* kann also jederzeit auf etwaige Fehlentwicklungen reagieren und auch den Konsensmechanismus zum Validieren der richtigen Buchungslisten ändern. Kein Staat und keine Bank kann Bitcoin-Transaktionen manipulieren oder gar verhindern. Kurzum: Ein hierarchisches *Ponzi-Scheme,* in welchem die Kosten systematisch auf die neuen Käufer aufgebrummt werden, sieht anders aus — die zentralen Argumente des Bitcoin-Skeptikers Kreiß laufen ins Leere.



Burak Erbasi ist Chef vom Dienst in der Berliner DW-Redaktion. Er ist studierter Bauingenieur.

Roulettetisch der Heuschrecken

Die größte deutsche Wohnungsgesellschaft Vonovia will sich den kleineren Konkurrenten Deutsche Wohnen einverleiben. | Von Hermann Ploppa

Es ist wie bei der Jagd. Da schleicht sich der Jäger an das Objekt heran. Umkreist das scheue Tier. Lässt es sich zutreiben. Der Vorstandsvorsitzende der Wohnungsvermietungsgesellschaft Vonovia, Rolf Eberhard Buch, bleibt als Jäger gelassen: »Ganz ehrlich: Wir müssen die Lage nun analysieren.«

Das zu erbeutende Tier ist die Deutsche Wohnen SE. Eine Wohnungsvermietungsgesellschaft, die insgesamt 155.400 Wohnungen ihr Eigen nennt, wovon sich allein 114.000 Wohnungen im Großraum Berlin befinden. Die in Bochum ansässige Vonovia dagegen ist mit 355.285 Wohneinheiten allein in Deutschland der größte private Wohnungsvermieter. Mit über einer halben Million Wohnungen hätte Vonovia eine Machtzusammenballung und Vormachtstellung, die sicher nicht gesund ist. Bereits im Jahre 2015 hatte Vonovia-Chef Buch eine feindliche Übernahme von Deutsche Wohnen versucht, konnte aber die Aktienbesitzer der Deutsche Wohnen nicht dazu überreden, ihre Aktien gewinnbringend mit denen von Vonovia zu tauschen. Im Moment hat Vonovia 22,3 Prozent der Deutsche Wohnen erworben, und sieben Prozent hat Buch sich gesichert durch Vorverträge. Buch muss jetzt weiter einkaufen. Denn wenn er die 22,3 Prozent wieder auf dem Markt abstößt, sackt der Preis je Aktie rapide in den Keller und Buch könnte seinen Hut bei Vonovia nehmen, weil er massiv Geld versenkt hätte. Also baggert er weiterhin die Deutsche Wohnen-Aktionäre an.

Vonovia erblickte zur Jahrtausendwende als Deutsche Annington das Licht der Welt. Die Deutsche Bahn brauchte Geld und verscherbelte die Werkswohnungen ihrer Mitarbeiter. Die Mieter konnten entweder ihre Wohnung selber kaufen oder aber sich den Heuschrecken anvertrauen. Der Skandal liegt darin, dass mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landesbank Hessen-Thüringen zwei öffentliche Geldhäuser damals den massenhaften Aufkauf ehemals genossenschaftlicher und öffentlich-rechtlicher Wohnungen finanziert haben. SPD und Grüne haben damals ihre Klientel für diese Zweckentfremdung öffentlicher Finanzen still gehalten. Die Vonovia erzielt im Jahre 2018 einen ungewöhnlich hohen Gewinn von einer Milliarde Euro. Zumindest die Aktionäre können also mit Vonovia zufrieden sein. Ob es die Mieter auch sind, ist umstritten. Es ist nämlich die Rede davon, dass die Immobilien seit der Privatisierung nicht mehr so gewissenhaft gepflegt werden wie zuvor, als sie sich noch im öffentlichen Besitz befanden.

GEWINNMAXIMIERUNG STATT MENSCHENWÜRDIGES WOHNEN

Die Deutsche Wohnen ist ebenso wie Vonovia so weit auf Gewinnmaximierung getrimmt, dass sie es zur DAX-Börsennotierung gebracht hat. Das ist das »Verdienst« der Deutschen Bank AG, die die Firmengründung begleitet hat. Doch die Deutsche Bank hat sich zurückgezogen. Die Deutsche Wohnen verdankt ihre Existenz zum großen Teil dem ehemaligen Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin von der SPD. Denn mit Unterstützung der damaligen Berliner Regierungskoalition aus SPD und PDS (heute »Die Linke«) verscherbelte Sarrazin die 65.700 Wohnungen der gemeinnützigen GSW-Gruppe an Deutsche Wohnen. Auch hier steht nicht mehr das Wohl der Mieter im Vordergrund, sondern der maximale Profit. Und den erreicht man bekanntlich durch Kostensenkungen und Einnahmeerhöhungen. Auch bei Deutsche Wohnen klagen die Mieter seit Jahren, dass die Instandhaltung und Pflege der Objekte vernachlässigt wird. Und die Einnahmesteigerung erreicht die Deutsche Wohnen mithilfe schleichender Mieterhöhungen, nämlich durch steigende Nebenkosten. Denn die ausführenden Dienstleistungsunternehmen für die Unterhaltung und Pflege der Häuser gehören rein zufällig auch – der Deutsche Wohnen!

Eine Initiative will eine Enteignung der Miethaie erwirken. Allerdings ist diese Initiative leider sehr eng verbandelt mit genau jenen Kräften der »Linken«, die die Volksenteignung energisch durchgedrückt hatten. Die Rekommunalisierung ehemals öffentlichen Wohnraums ist ein wichtiges Anliegen. Der einzige glaubwürdige Weg für ein sicheres und menschenwürdiges Wohnen. Dazu bedarf es eines politisch noch viel weiter gespannten Netzwerkes, als es jetzt zur Verfügung steht.

DIE WELT STEHT AUF



Abgeordnete im italienischen Parlament wehren sich gegen Segregation. Foto: worldwidedemos

ITALIEN SAGT NEIN ZUM GRÜNEN PASS

Von Batseba N'Diaye

Kürzlich starteten Abgeordnete der Partei »Brüder Italiens« im italienischen Parlament eine Protestaktion gegen den »Grünen Pass«. Auf Video wurde festgehalten, wie zahlreiche Politiker Plakate mit der Aufschrift »no green pass« hochhalten. Der digitale Corona-Impfnachweis ist in Italien seit dem 6. August 2021 offiziell Bedingung für den Zutritt ins Restaurant, Theater, Fitnessstudio, Schwimmbad und zu Kulturveranstaltungen. Am Wochenende protestierten erneut Zehntausende Italiener gegen die immer extremeren Corona-Zwangsmaßnahmen. Unlängst gelang es Hackern sogar, die Internetseite mit dem Buchungsportal für Corona-Impftermine in der italienischen Region Latium, inklusive der Hauptstadt Rom, lahmzulegen und dadurch die Impfkampagne aufzuhalten.

MEXIKO LÄSST SICH NICHT GÄNGELN

Von Ronja Palmer

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador warnt vor dem Impfdruck, den *Big Pharma* auf die Bevölkerung ausübt, und spricht sich gegen Kinderimpfungen aus. Er sagt: »Wir müssen vorsichtig sein, denn es ist klar, dass die Pharmaunternehmen Profit machen und weiterhin Impfstoffe für alle verkaufen wollen. Aber wir müssen Prioritäten setzen, wir müssen wissen, ob sie gebraucht werden oder nicht. Wir sollten uns von *Big Pharma* nicht sagen lassen, dass wir eine dritte Dosis brauchen, dass wir eine vierte Dosis brauchen und dass wir Kinder impfen müssen». Der stellvertretende mexikanische Gesundheitsminister Hugo López-Gatell fügte hinzu, es gebe »keine wissenschaftlichen Beweise« für die Notwendigkeit, Kinder zu impfen. Bisher wird in Mexiko ab 18 Jahren geimpft. Doch wird aufgrund der »dritten Welle« der Druck verstärkt. Auch auf die indigene Bevölkerung. Große Teile der 17 Millionen Indigenen flüchten vor mit Spritzen und eisgekühlten Impfstoffdosen bewaffneten mobilen Impfteams in abgelegene Regionen. In vielen Orten, darunter Mexiko-Stadt, Guadalajara und Saltillo, halten Demonstranten dagegen.



Am 24. Juli 2021 demonstrierten Demokraten Mexikos in Guadalajara. Foto: worldwidedemos



Die Australier rebellieren angesichts des bereits fünften Lockdowns in Melbourne. Foto: worldwidedemos

ZENSUR UND ZWANGSEINWEISUNGEN IN AUSTRALIEN

Von Ronja Palmer

Das Videoportal *YouTube* hat den Nachrichtensender *Sky News Australia* aufgrund seiner kritischen Corona-Berichterstattung am 29. Juli für eine Woche gesperrt. Nähere Begründungen lieferte der Videodienst nicht. *Sky News Australia* kritisiert die willkürliche Attacke scharf. Australien ist ein trauriges Beispiel für brutale Corona-Politik. Zur Überwachung der Zwangsmaßnahmen patrouillieren Polizisten, Polizei-Reiterstaffeln und sogar Soldaten durch die sich teils seit Monaten im Dauer-*Lockdown* befindenden Städte. Helikopter spionieren von oben. In der Millionenstadt Sydney gehen die Soldaten von Haus zu Haus, überprüfen den »Gesundheitszustand« der Anwohner und schrecken nicht einmal davor zurück, Menschen gegen ihren Willen ins Krankenhaus zu transportieren.

FORMEN DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDS

Von Eric Angerer

Der Widerstand gegen das immer perfider agierende Impfregime von Regierung und Medien hat verschiedene Gesichter.

Ende Juli haben knapp 67 Prozent der ab 12-Jährigen mindestens eine »Schutzimpfung« erhalten. Dass die Impfbereitschaft ziemlich stagniert, beunruhigt die Herrschenden. Deshalb wird der Druck über Betriebe und auf Jugendliche erhöht.Gegen die Verabreichung der experimentellen «Impfstoffe« an Kinder hat am 24. Juli in Wien eine große Kundgebung stattgefunden, zu der unter anderem die bekannte Schauspielerin Nina Proll aufgerufen hat.

BETRIEBLICHER WIDERSTAND

Auch in den Betrieben gibt es Konflikte zwischen der Chefetagen und Beschäftigten. Beispielsweise wehren sich in einer Maschinenbaufirma im oberösterreichischen Attnang-Puchheim Teile der Belegschaft gegen die 3G-Schikanen. Das Management musste daraufhin die Kontrollen offenbar zurückfahren, hat aber gleichzeitig mit Kündigungen gedroht. Beschämend ist dabei, dass die Beschäftigten von der Gewerkschaft keinerlei Unterstützung haben – denn die ist ja Teil des Impfregimes.

SOMMERLICHER UNGEHORSAM

Vor allem im Alltag haben sich erhebliche Teile der Bevölkerung eine Unabhängigkeit von der herrschenden Propagandawalze erhalten. Wenn man im Sommer in der Widerstandshochburg Oberösterreich oder auch in ländlichen Regionen Niederösterreichs oder der Steiermark unterwegs ist, dann schert sich dort kaum ein Zimmervermieter, Gastwirt oder Friseur um die 3G-Vorschriften. Seebäder haben maximal entsprechende Schilder angebracht, die niemand überprüft.

ÄRZTIN MIT MUT

Während eine (geimpfte) Schulärztin in einem Wiener Gymnasium (ohnehin getestete) verletzte Kinder abwies, machte sich eine Ärztin aus dem niederösterreichischen Gänserndorf gemeinsam mit 120 Kollegen gegen die Kinderimpfung stark. Dass sie prompt als Schulärztin rausgeworfen wurde, kann sie nicht einschüchtern. Sie ist in der kritischen Ärzteinitiative umso aktiver.



Straßencafé-Szenerie in Stockholm. In Schweden gab es zu keinem Zeitpunkt eine Masken- oder Abstandspflicht. Foto: worldwidedemos

IN SCHWEDEN LÄSST SICH'S NOCH LEBEN

Von Gerda Thiele und Ronja Palmer

Schweden ist mit seinem von vielen ausländischen Regierungen geschmähten Sonderweg richtig gefahren. Das belegen die Zahlen immer unverkennbarer. Schwedens Covid-Todesrate tendiert aktuell, trotz nie erhobener Maskenpflicht, gegen Null. Aus diesem Grund äußert sich Schwedens Chefepidemiologe Anders Tegnell kritisch zu Aussagen der CDC (Zentren für Krankheitskontrolle und Prävention), in denen behauptet wird, die Delta-Variante sei ähnlich ansteckend wie Windpocken. Ein derartiges Urteil könne nicht gefällt werden, da auch Schweden seit einiger Zeit von der Variante betroffen sei, ohne jedoch einen Anstieg der Inzidenzzahlen zu verzeichnen, erklärt Tegnell und fordert mehr Untersuchungen zur Gefährlichkeit der Delta-Variante. Auf den Erfolg der schwedischen Strategie, die auf Empfehlungen, aber nie auf der Pflicht zum Maskentragen und *social distancing* beruhte, deutet auch hin, dass sich die täglichen Krankenhauseinweisungen nahe null bewegen. Am 1. Juli 2021 hat die schwedische Regierung sogar die letzte verbleibende Maskenempfehlung – für öffentliche Verkehrsmittel – aufgehoben. Restaurants und Bars haben ohnehin fast ohne Einschränkungen geöffnet. Auch ein offizielles Covid-Zertifikat, das Impfungen, Tests oder Covid-Genesungen dokumentiert, wurde in Schweden bisher noch nicht eingeführt. Bleibt zu hoffen, dass die Feststellung »Alle Impfungen in Schweden sind freiwillig, dazu gehört auch die Impfung gegen Corona» auf der Website des schwedischen Gesundheitsministeriums nicht nur leere Worthülsen sind. Bis jetzt lebt es sich in Schweden jedenfalls weitaus angenehmer als in den meisten europäischen Ländern – allen voran Frankreich, Italien und Griechenland, wo zuletzt die Impfpflicht im Gesundheitssektor durchgepeitscht wurde.

SCHLAGLICHTER VO

15 Kilometer durch Berlin: Die Demokratiebewegung

Wir waren alle da!

von Gerda Thiele

»Neuer Standort: Olympischer Platz! Großer Demozug auf dem Kaiserdamm! Nächste Demonstration am Adenauerplatz!...« Jedes Mal war ich zur falschen Zeit am falschen Ort, bis ich gegen 15:00 Uhr auf dem Breitscheidplatz überwältigt vor einem der riesigen Menschenzüge stand – kein Anfang und kein Ende in Sicht! Weiter ging es dann gemeinsam, mit viel freundlicher Zustimmung, auf den Berliner Straßen.

Wenn das der Kaiser wüsste

Von Hendrik Sodenkamp

Es ist 13 Uhr. Tausende Demonstranten ziehen den Kaiserdamm Richtung Großer Stern hinab. Polizei ist nicht zu sehen. Die Demokraten halten den Verkehr auf und bahnen sich den Weg in die Stadt. Die Stimmung ist friedlich und ausgelassen. Wir fahren mit unserem DW-Bus immer wieder in kleine Nebenstraßen, um weiter vorne den Aufzug wieder zu kreuzen und Zeitungen auszulegen. Die Länge des Zuges ist unüberschaubar.

Polizeigewalt am Großen Stern

Von Doro Neidel

Ab 13 Uhr riegelte die Berliner Polizei mit Unterstützung der Lüneburger Einsatzkräfte den Großen Stern vollständig ab. Menschenmassen bewegten sich weiter aus Richtung Ernst-Reuter-Platz und Altonaer Straße auf die Siegessäule zu und blieben vor den Absperrungen stehen. Gewaltsam drängte die Polizei die Menschen vor den Absperrungen zurück. Die aufgefahrenen Wasserwerfer kamen nicht zum Einsatz, die Demonstranten zogen weiter Richtung Breitscheidplatz und Alexanderplatz.

Der Durchbruch durch die Polizeikette am 1. August bewies: Vereint ist die Freiheitsbewegung nicht zu stoppen.
Collage: Jill Sandjaja

Mit dem gelben DW-Bus düste die Redaktion Zeitungen verteilend durch Berlin .
Foto: DW

Natürlich mit d
Die wackere Dem
Preisträgerin der
Foto: Hannes He



OM 1.AUGUST 2021

demonstrierte dezentral, entschlossen und laufstark.

Happy End am Berliner Dom

Von Steve Schramm

Am Ende eines langen Tages füllt sich der Platz vor dem Berliner Dom und dem Alten Museum nochmals mit vielen Menschen aus der ganzen Republik. Die Stimmung ist ausgelassen. Als es zu regnen beginnt, suchen Hunderte Schutz unter der Veranda des Alten Museums. Die Berliner Polizei räumt nun wenig zimperlich die Treppe vor dem Museum. Es gibt unschöne Szenen. Nach dem Regenguss verteilen sich die Menschen in den Sonnenuntergang.

25.000 Mal Demokratischer Widerstand für Berlin!

von Burak Erbasi

Am Vormittag fuhren meine Kollegen und ich mit dem vollgepackten gelben DW-Bus und einem Kleinwagen zum Olympiaplatz, wo der Autokorso bereits gestartet hatte. Wir waren überwältigt von der Menschenmenge, die trotz Verbot den Kampf für unsere Grundrechte tapfer weiterführte. Vom Polizeikessel in der Länderallee bis zum letzten Sammelpunkt am Berliner Dom verteilten wir in vielen kleinen Guerilla-Aktionen insgesamt 25.000 Exemplare unserer Zeitung. Ein voller Erfolg!

Ein Tag der Kontraste

Von Ronja Palmer

Etwa 17 Uhr, Gleisdreieck, nachdem sich der Demozug langsam auflöste: Zuerst ein gemeinsamer spontaner Tanz und ein sich an den Händen haltendes »Imagine« Singen – welch pure Lebensfreude und starkes Gefühl von Verbundenheit. Dann ein-kleiner Dämpfer, als kurz darauf die Verkäuferin von Pauls-und-Paulas Kiosk sich weigert, mir, weil Demoteilnehmerin, Essen zu verkaufen. Trotzdem alles in allem ein überwältigender Tag!

labei:
okratin Doris Schildkamp,
Republik von Ausgabe 53.
nkelmann



Résistance!
Die Massen in den Straßen zeugen von einem durchschlagenden Sieg der Demokratiebewegung.
Foto: Hannes Henkelmann



Die Massen in den Straßen
zeugen von einem durchschlagenden Sieg der Demokratiebewegung.
Foto: Hannes Henkelmann



Karl Lauterbachs existentieller Schrei: Leben in der ewigen Angstpandemie. *Bild: Foto der Malerei von Edvard Munch, bearbeitet von Markus Fiedler*

Das Hochwasser und das Klima

Vom Ablenkungsmanöver »Klimawandel« und dem kläglichen Versagen der staatlichen Katastrophenhilfe | Von Markus Fiedler

Nach der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal belehren uns Politiker: »Extreme Wetterereignisse nehmen zu.« Und natürlich warnt allen voran Karl Lauterbach, der seit neuestem neben seiner strittigen Expertise als Epidemiologe im Rahmen seiner neuen Zusatzqualifikation als Wetterfrosch mitteilt, Deutschland müsse sich »darauf einstellen und vorbereiten, dass es in Zukunft mehr Naturkatastrophen geben wird und auch regelmäßig Pandemien«.

Und auch die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock weiß in »leichter Sprache« auf ihrer Homepage zu berichten: »[...] Das viele Wasser fließt ins Meer. So steigt das Wasser im Meer immer höher. Dort, wo früher die Küste war, ist heute schon das Meer. Dann verlieren viele Menschen ihr Haus. Die Fachleute sagen: ›Der Klimawandel wird schlimmer. Die Erde wird immer wärmer.‹ Dann ändert sich das Wetter. Das darf nicht passieren. Deshalb will ich unsere Natur schützen.« Bei so viel geballter Fachkompetenz lohnt es sich, genauer hinzusehen.

KEINE ZUNAHME VON EXTREMWETTEREREIGNISSEN

Können wir aus den ermittelten Wetterdaten der Vergangenheit für Deutschland sicher auf eine Zunahme der Extremwetterereignisse schließen? Nein! Das können wir nicht. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie schreibt in Anlage 28-3 im Jahr 2007: »In den vergangenen 40 Jahren sind Sturmfluten an der deutschen Nordseeküste weder häufiger noch schwerer geworden. Lediglich in den 90ern trat eine deutliche Häufung auf, die aber nur von kurzer Dauer war.« Der deutsche Wetterdienst schrieb: »Bei extremen Wetterereignissen sind in Deutschland hingegen bisher keine signifikanten Trends zu beobachten gewesen. Auch solche Ereignisse wie die Hochwassersituation 2002 gehören zum normalen Repertoire unseres Klimas.« Und auch beim Weltklimarat liest man: »Das IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) konnte auf globalem Niveau keinen Trend bei den Extremwetterereignissen erkennen und zuordnen«. Somit ist die Behauptung falsch, dass die Hochwasserkatastrophe eines von vielen gehäuft auftretenden Extremwetterereignissen sei, die mit einem Klimawandel zusammenhingen. Das ist aus den vorliegenden Daten nicht beweisbar.

Dass der Text von Annalena Baerbock ebenfalls grober Unfug ist, weiß jeder, der den Wasserkreislauf kennt. In diesem Zusammenhang lernen schon Grundschüler, dass der Süßwasserniederschlag auf dem Land überwiegend aus verdunstetem Meerwasser besteht und aufgrund des besagten Kreislaufs selbstverständlich kein Anstieg der absoluten Wassermenge im Meer herauskommen kann.

Dass der Meeresspiegel hingegen tatsächlich bei einem Klima mit langanhaltenden hohen Temperaturen steigt, ist korrekt. Der Grund dafür liegt im Abschmelzen der Eismassen in den Polarregionen und in der wärmebedingten Ausdehnung des Wassers. Die Frage ist demnach: Ist es in den letzten Jahrhunderten und der Jahrtausenden tatsächlich signifikant wärmer oder kälter geworden?

Zunächst einmal ist es in den letzten 150 Jahren deutlich wärmer geworden. Im gleichen Zeitraum ist ein Anstieg des durchschnittlichen Meeresspiegels in Cuxhaven um etwa 35cm zu verzeichnen. Dennoch hat man in derselben Zeit durch Landgewinnung mindestens 56km^2 Land an der Küste hinzugewonnen. Der Hinweis auf schwindende Küsten kann sich daher nur auf Staaten beziehen, die keinen Küstenschutz oder keine Landgewinnung betreiben.

FRÜHER WAR ES WÄRMER

Vor 4.000 Jahren und vor 7.000 Jahren war es in Europa tatsächlich jeweils etwa 1°C wärmer als heute, etwa alle 110.000 Jahre in der Vergangenheit war es ca. 3°C wärmer als heute. Das wird für viele überraschend sein. Sie wundern sich, warum Sie das so noch nicht gehört haben? Weil Sie regelmäßig mittels Auslassungen über die tatsächlichen Daten über die Leitmedien getäuscht werden. Diese Täuschung führte zur Herausbildung einer Art Endzeitsekte. Ähnlich wie bei den Zeugen Jehovas wird im religiösen Eifer die Apokalypse propagiert, und das mit nur scheinbar wissenschaftlichen Methoden.

Hochwasserereignisse auf dem Festland treten hierzulande leider auch in aller Regelmäßigkeit auf. Eine Häufung der Hochwasser in den letzten hundert Jahren ist nicht auszumachen. Beispielsweise waren die meisten Main-Hochwasser alle vor 1900 und darunter waren auch die höchsten Pegelstände. Die meisten Hochwasserereignisse zeigen einen Pegel um 6 bis 7,50 Meter. Der mit Abstand höchste Pegel wurde beim Magdalenenhochwasser im Jahr 1342 mit 10 Metern über dem Normalpegel gemessen. Andere Messstationen melden eine ähnliche Streuung der Werte. Schaut man sich die historischen Hochwasser im Vergleich an, so sind die Pegel der Hochwasser über die letzten Jahrhunderte in der Tendenz bis heute immer weiter gesunken oder aber gleich geblieben. Eine signifikante Häufung von Extremwerten nach der Industriellen Revolution (nach 1850) und dem damit einhergehenden Mehrausstoß von CO_2 ist mir bei keiner der von mir gesichteten Messstationen aufgefallen. Also, wie kommt Herr Lauterbach zu seiner Warnung? Wir wissen es nicht.

Nach der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal gibt es offenbar keinen Politiker wie einen Helmut Schmidt, der schnell reagiert und handelt. Im Gegenteil! In den Katastrophengebieten sind auch noch Tage nach der Katastrophe überwiegend zivile Helfer zu sehen, die sich sehr schnell selbst organisiert haben und die meiste Hilfe leisten, auch mit schwerem Gerät wie Trecker, Lastwagen, Radlader und Bagger. Unterstützung durch Bundeswehr, Feuerwehr und THW gab es es zu diesem Zeitpunkt nur vereinzelt.

Nach vielen voneinander unabhängigen Augenzeugenberichten behindert die Politik auch zwei Wochen nach der Katastrophe die Aufräumarbeiten im großen Umfang durch Bürokratie, fehlende Beauftragung von offiziellen Hilfskräften und durch unsinnige Zurückweisung von freiwilligen Helfern, Spenden und Hilfsgütern. Und nicht zu vergessen: Es gab keine Katastrophenwarnung trotz vorliegender alarmierender Daten. Es ist offensichtlich, dass die Klimadiskussion hier nur ablenken soll. Und zwar vor einem umfassenden Versagen der staatlich organisierten Katastrophenhilfe auf mehreren Ebenen.

POP POP



Der Treptower Park ist ein beliebter Treffpunkt der Berliner Partyszene. *Foto: privat*

AUF DER SUCHE NACH LEBENDIGKEIT

Berlin zwischen semi-rebellischer Subkultur und der neuen Corona-treuen Clubszene

Freitagabend, Warschauer Straße. Auf den ersten Blick erinnert wenig an den »Ausnahmezustand«. Die Straßen sind voll. Wenn man dann allerdings ins flackernde Wimmelbild eintaucht, merkt man, dass »Party machen« unter dem Corona-Regime einen völlig neuen Bedeutungsrahmen bekommen hat. Für die Mehrheit ist es ein Wühlen im Teich der abenteuerlichen Ungewissheit. Denn so schnell wie ein *Rave* mit verwackeltem Video und GPS-Position angekündigt wurde, so schnell kann er wieder verschwinden – wenn der Held der Nacht mit der Musikbox mitsamt seiner Gefolgschaft polizei- oder launenbedingt weiterzieht. Und irgendwie hat das auch was. Die Not bedingt das Spontane und ein Gefühl von Stammeszugehörigkeit – wenn erst einmal die »verbotene« Party in den Tiefen des Parks oder unter dem Brückenbogen entdeckt ist. Wäre da nicht der ungeheuerliche Trend zur Konformität unter den Feiernden. Wenn man fragt, erfährt man meistens, dass das Gegenüber bereits »durchgeimpft« ist. Rebellion unter Corona? Weit gefehlt. Die wenigen offenen Clubs verlangen einen Corona-Test. In Kürze startet die Senatsverwaltung für Kultur und Europa mit Wissenschaftlern der Charité offiziell ihr Pilotprojekt »Clubculture Reboot« und öffnet sechs Berliner Clubs für PCR-durchgecheckte Lebenshungrige, die dann in der »schönen neuen Corona-Welt» ohne Masken und Abstand abtanzen dürfen. Was soll man sagen. Es ist der neue Sozialdarwinismus – wer sich nicht anpasst, fliegt raus. Da verschwinden viele lieber im *Underground*. Auf der Suche nach Spaß, Flirt, Drogen, all den ungestillten Sehnsüchten der letzten anderthalb Jahre. Dem stetigen »Bum Bum» folgend.

(Von Ronja Palmer)

DW-BESTSELLERLISTE

Rezensionsexemplare bitte schicken an
Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Schwarzbuch Corona. Die Erkenntnis des Corona-Ausschusses
Gellermann, Uli, Ganjalyan, Tamara (Hg.)

Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-1-5



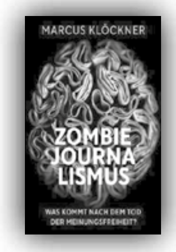
Die Corona-Bilanz: Die Würde des Menschen ist unantastbar
Höhler, Gertrud

Heyne Verlag
ISBN: 978-3-453-60590-9



Mega Manipulation. Ideologische Konditionierung in der Fassadendemokratie
Mies, Ulrich (HG.)

Westend Verlag
ISBN: 978-3-86489-285-1



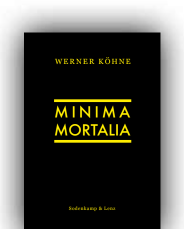
Zombie-Journalismus. Was kommt nach dem Tod der Meinungsfreiheit?
Klöckner, Marcus

Rubikon
ISBN: 978-3-96789-022-8



Das PCR-Desaster. Zur Genese und Evolution des „Drosten-Tests"
Kubo, Thomas

Illa Verlag
ISBN: 978-3-96230-012-8



Minima Mortalia.
Köhne, Werner

Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-0-8



Die Macher hinter den Kulissen. Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern
Ploppa, Hermann
Nomen Verlag
ISBN: 978-3-939816-22-5



Vom Verlust der Freiheit. Klimakrise, Migrationskrise, Coronakrise
Unger, Raymond

Europa Verlag
ISBN: 978-3-95890-343-2



An welchem Punkt stehen wir? Die Epidemie als Politik
Agamben, Giorgio

Turia & Kant Verlag
ISBN: 978-3-85132-996-4



Der Erreger. Texte gegen die Sterilisierung des Lebens

Bestellung über:
dererreger@posteo.de



Babylon Berlin: Volker Bruch und Anselm Lenz am 1. August 2021 während der Großdemonstration.
Foto: Louise Mary Lenz

WEIL ES IMMER EINE ANDERE MÖGLICHKEIT GEBEN MUSS, ALS DIE MENSCHEN ZU BELÜGEN UND ZU KNECHTEN

Ärzte, Schauspieler, Anwälte, Gewerbetreibende, Händler, Arbeiter, Arbeitslose, Staatsanwälte, Soldaten, Amtsärzte, Menschenrechtler, Linke, Mittelständler, IT-Experten, Liberale, Geflüchtete, Fluthelfer, Clubbetreiber, Regisseure, Umweltschützer, Intendanten, Kinderrechtler, säkulare Religiöse, Grüne, Handwerker, Sozialisten, Konservative, Sportler, Anarchisten, Vegetarier, Bratwurstfreunde, Internationalisten, Lehrer, Schriftstellerinnen, Junge, Alte ... unterstützen die Aufklärung, das Grundgesetz, die Pressefreiheit und die Verfassungserneuerung von unten in Deutschland – und damit die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand. – Danke! (red)

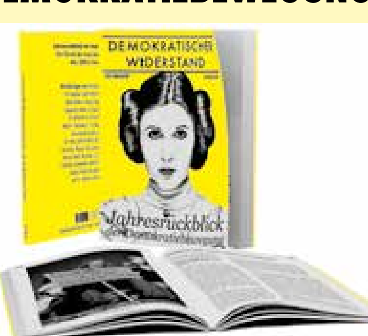
SPORT MIT BERTHOLD
SPORTLER GEGEN DEN IMPFWAHN

Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass sich ein Hochleistungssportler freiwillig impfen lässt oder eine Gentherapie auf sich nimmt. Diese Menschen kennen ihre Körper in- und auswendig und würden nie unnötige Risiken eingehen. Ihre Gesundheit ist ihr wertvollstes Kapital. Die deutsche Leichtathletin Alexandra Wester und der Bonner Profi-Basketballer Joshiko Saibou sind sehr mutige Menschen. Dies, weil sie sich nicht nur hinter vorgehaltener Hand geoutet haben. Sondern weil sie mit offenem Visier ihre Entscheidung kundgetan haben: Nein zum Corona-Regime, nein zum Impfwahn. Leider gibt es von dieser Kategorie bislang nur wenige aktive Athleten.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



Logo: Anke Behrend/DW



Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

DIE FRAGE IST NICHT, WAS WIR DÜRFEN. DIE FRAGE IST, WAS WIR MIT UNS MACHEN LASSEN. NENA

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 57. Ausgabe ab Samstag, 7. August 2021. | Redaktionsschluss war am 5.August, 7:45 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo **Redaktionspraktikantin:** Gerda Thiele.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 58 erscheint am 14. August 2021.